Stand: 25.04.2024 21:36:36

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/14722

"Studienbeiträge abschaffen - soziale Balance wiederherstellen"

---

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/14722 vom 13.11.2012
2. Beschluss des Plenums 16/14758 vom 14.11.2012
3. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 14.11.2012
4. Plenarprotokoll Nr. 112 vom 14.11.2012

**Bayerischer Landtag**
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**14722**
13.11.2012

# Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp** und **Fraktion (SPD)**,

**Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

**Dr. Christian Magerl, Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

**Studienbeiträge abschaffen – soziale Balance wiederherstellen**

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag begrüßt die Absicht des Ministerpräsidenten Seehofer, die Studienbeiträge an bayerns Hochschulen abzuschaffen.

Der Landtag teilt darüber hinaus die Einschätzung des Ministerpräsidenten, dass die durch eine eventuelle Abschaffung der Studienbeiträge für die Hochschulen wegfallenden finanziellen Mittel aus Haushaltsmitteln kompensiert werden können.

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

**Bayerischer Landtag**
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**14758**
14.11.2012

# Beschluss

**des Bayerischen Landtags**

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

**Dringlichkeitsantrag** der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Harald Güller, Franz Maget, Natascha Kohnen, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Isabell Zacharias, Dr. Christoph Rabenstein, Adelheid Rupp** und **Fraktion (SPD)**,

**Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

**Dr. Christian Magerl, Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote, Dr. Sepp Dürr, Christine Stahl, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/**14722**

**Studienbeiträge abschaffen – soziale Balance wiederherstellen**

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

**Reinhold Bocklet**

I. Vizepräsident

*Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.*

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet
Abg. Markus Rinderspacher
Abg. Prof. Dr. Michael Piazolo
Abg. Karsten Klein
Abg. Margarete Bause
Abg. Julika Sandt
Abg. Oliver Jörg
Abg. Natascha Kohnen
Abg. Theresa Schopper
Abg. Thomas Hacker
Zweiter Vizepräsident Franz Maget
Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch
Abg. Ulrike Gote
Abg. Kathrin Sonnenholzner
Ministerpräsident Horst Seehofer
Abg. Hubert Aiwanger
Abg. Kerstin Schreyer-Stäblein
Abg. Ernst Weidenbusch

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:

**Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge**

Zunächst rufe ich auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten**
**Markus Rinderspacher, Harald Güller, Franz Maget u. a. und Fraktion (SPD),**
**Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo und Fraktion (FREIE WÄHLER),**
**Dr. Christian Magerl, Margarete Bause, Dr. Martin Runge u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**
**Studienbeiträge abschaffen - soziale Balance wiederherstellen (Drs. 16/14722)**

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Ich eröffne die Aussprache. Der erste Redner ist Herr Kollege Rinderspacher von der SPD.

**Markus Rinderspacher** (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn es eines weiteren Beweises bedurft hätte, dann haben wir es spätestens seit letzter Woche wieder einmal schwarz auf weiß: Das einzig Verlässliche an dieser schwarz-gelben bayerischen Staatsregierung ist die Unzuverlässigkeit. Das einzig Beständige ist die Unbeständigkeit und das einzig Stetige ist das Impuls- und Flatterhafte.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Der Koalitionsausschuss von CSU und FDP am Wochenende hatte eine einzige winzige Gemeinsamkeit zum Ergebnis, eine schnöde Pressemitteilung frei Haus über den Dissens zwischen den Parteien. Tenor: Wir können es nicht. Wir sind nicht regierungsfähig. Mit freundlichen Grüßen, Ihre bayerische Staatsregierung. Gezeichnet Seehofer und Leutheusser-Schnarrenberger.

(Beifall bei der SPD - Thomas Hacker (FDP): Wir haben den Doppelhaushalt für die Jahre 2013 und 2014 beschlossen!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, diesmal geht es um mehr als das übliche schwarz-gelbe Gezänk. Das Regierungschaos um die Zukunft der Hochschulfinanzierung hat zu einer erheblichen Verunsicherung an den bayerischen Hochschulen geführt.

(Thomas Hacker (FDP): 50.000 zusätzliche Studienplätze in vier Jahren sind kein Hochschulchaos!)

Die Ankündigung, dass die Studiengebühren nicht vollständig kompensiert werden sollen, löst bei vielen Hochschulbeschäftigten nachvollziehbar erhebliche Unruhe aus. Manche Hochschulen haben die Direktive ausgegeben, befristete Arbeitsverträge im Kontext der Studiengebühren nicht mehr zu verlängern. Allein an der Ludwig-Maximilians-Universität in München geht es um mehr als 380 Stellen. Tausende wissenschaftliche Mitarbeiter in Bayern wissen nicht, ob sie im kommenden Jahr noch ihren Arbeitsplatz haben werden.

(Georg Schmid (CSU): Sie haben ihn!)

Wie viele Seminare und Lehrveranstaltungen werden im Jahr 2013 ausfallen? Welche Folgelasten müssen unsere Hochschulen tragen?

(Widerspruch bei der CSU)

Schwarz-Gelb macht mit dieser Hü-Hott-Politik nur eines deutlich: Diese schwarz-gelbe Regierung löst keine Probleme, sondern sie löst Probleme aus.

(Thomas Hacker (FDP): Vollbeschäftigung in zwei Dritteln aller Landkreise und kreisfreien Städte! Von Chaos keine Spur!)

Man ist immer wieder überrascht, wie sich die CSU in Lichtgeschwindigkeit von ihren früheren Positionen verabschiedet. Hier könnte die FDP durchaus einmal ein bisschen Wohlwollen zeigen. Der aktuelle Anlass ist das anstehende Volksbegehren zur Abschaffung der Studiengebühren. Die CSU steht wie ein Kaninchen vor der Schlange. Sie hat Furcht vor dem Würgegriff der Volksabstimmung. Vor Angst gelähmt, vor

Schreck erstarrt, den Macht- und Bedeutungsverlust vor Augen, leistet die CSU erbitterten Widerstand gegen sich selbst. Die CSU macht Front gegen ihre eigene jahrelange Politik.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich darf noch einmal daran erinnern: Es war die CSU, die die Studiengebühren in Bayern eingeführt hat. Das Gesetz wurde von der CSU allein gegen die Stimmen von SPD und GRÜNEN und gegen den Willen Hunderttausender Studierender in Bayern beschlossen. Seitdem hat die CSU in unzähligen Debatten hier im Hohen Hause die von ihr eingeführten Studiengebühren mit Zähnen und Klauen verteidigt. Die Gegner der Uni-Maut wurden von ihr als "Vertreter sozialer Gefühlsduselei" verunglimpft, ein wörtliches Zitat des früheren Wissenschaftsministers Dr. Thomas Goppel. Thomas Goppel hat noch im Jahr 2005 gesagt, ärmere Studenten könnten ohne Weiteres 500 Euro pro Semester aufbringen, sie müssten lediglich jeden Monat für 100 Euro auf etwas verzichten oder zwei Nachhilfestunden geben.

Der damalige Ausschussvorsitzende Dr. Spaenle sagte im Jahre 2005 in einer Plenardebatte, es gehe um einen Eigenbeitrag der Studierenden. Ich zitiere: Wer sich einer solchen Überlegung entzieht und auf Sozialneiddebatten ausweicht, handelt an der Schwelle des 21. Jahrhunderts unverantwortlich. - Was für ein Pathos! Bernd Sibler betonte im Jahr 2008, Studiengebühren seien sinnvoll und notwendig. Zitat: Das bayerische Modell der Studienbeiträge erfährt insgesamt eine hohe Akzeptanz.Oliver Jörg sagte 2008, er sei überzeugt −, Zitat -, dass die Studienbeiträge auch für ein gesellschaftliches Umdenken von Bedeutung sind. Ich zitiere weiter: Die CSU ist geprägt vom Leitbild der solidarischen Leistungsgesellschaft. Wir stehen für Eigenverantwortung. Deshalb werden wir an den Studiengebühren festhalten. - Zitat Ende.

Meine Damen und Herren, es geht mir gar nicht darum, all die Wendehälse in der CSU-Fraktion beim Namen zu nennen; denn ich unterliege auch der Redezeitbeschränkung. Es geht aber darum zu zeigen, wie die CSU die Debatte sechs Jahre

lang grundsätzlich geführt hat: Schwelle 21. Jahrhundert, Leitbild Leistungsgesellschaft. Die CSU hat sich mit Verve und Pathos für die Studiengebühren eingesetzt. Heute wissen wir: Das war hohles Pathos von politisch Überzeugungslosen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Verabschiedet hat sich die CSU im Übrigen auch von einem Gutteil ihres Grundsatzprogrammes, das sie 2007 beschlossen hat. Im Grundsatzprogramm der CSU − damals hieß es, es solle 20, 25 Jahre Gültigkeit haben − steht auf Seite 94 ein klares strategisches Bekenntnis zu dauerhaften Studienbeiträgen unabhängig von der Entwicklung des Staatshaushaltes geschrieben. Die positive Entwicklung des Staatshaushaltes jetzt als Begründung für die Abschaffung der Studiengebühren anzuführen, widerspricht den bisherigen Grundsätzen der CSU. Das ist bemerkenswert. Eine Partei, die so mit ihren Grundsätzen umgeht, das eigene Grundsatzprogramm mal so mir nichts, dir nichts über den Haufen wirft, nicht etwa unter Beteiligung der Mitglieder oder durch einen Parteitagsbeschluss, sondern nur, weil der Vorsitzende ein Machtwort spricht − das ist noch nicht einmal ein Ministerpräsidentenwahlverein, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Sechs Jahre lang haben alle CSU-Verantwortlichen die Studiengebühren gebetsmühlenartig zum alternativlosen Dogma erklärt, um nun aus Furcht vor dem Volkswillen eine spektakuläre 180-Grad-Kehrtwende zu vollziehen. Interessant dabei ist: Die CSU bemüht sich noch nicht einmal, eine hinreichend strategische Begründung für diesen kollektiven Gesichtsverlust zu entwickeln. Der Ministerpräsident sagte gestern und heute in den Medien − ich begrüße das -, es gehe ihm um das soziale Bayern, was nichts anderes heißt, Herr Ministerpräsident, als dass die CSU die letzten Jahre eine unsoziale Politik gemacht hat.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN - Zurufe von der CSU)

Die CSU hat die letzten Jahre eine unsoziale Politik zulasten vieler junger Talente in Bayern gemacht. Die CSU hat viele Studienwillige und Studienfähige auf der Strecke gelassen. Die CSU hat viele junge Menschen im Stich gelassen, die gerne studiert hätten, denen aber die Kostenbarriere, die ihnen die CSU aufgebaut hat, schlichtweg zu hoch war.

Als Argumentationsbrücke muss nun die gute Haushaltssituation herhalten; man könne sich jetzt staatlicherseits die Übernahme der Studiengebühren leisten. Ich frage mich, ob das im letzten, im vorletzten, im vorvorletzten Jahr angesichts sprudelnder Steuermehreinnahmen, wie wir sie in unserer Geschichte in diesem Ausmaß nie zuvor hatten, nicht möglich gewesen wäre. Der CSU geht es aber nicht um die Hochschulen. Der CSU geht es auch nicht um die Haushaltssituation. Der CSU geht es nur um sich selbst und um ihre Perspektive zur Landtagswahl 2013. Es geht ihr um die neue politische Situation.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Es geht ihr um das Volksbegehren. Natürlich löst ein Volksbegehren zur Unzeit eine neue Debatte über Bildungsgerechtigkeit im Lande aus. Das kommt der CSU ungelegen. Es geht um die Debatte darüber, dass der Bildungserfolg unserer Kinder und Jugendlichen in Bayern so sehr vom Geldbeutel der Eltern abhängt wie in keinem anderen Bundesland.

(Thomas Hacker (FDP): Deswegen Investitionen in die frühkindliche Bildung und keine Beitragsfreistellung an der Hochschule! Schwerpunkte setzen!)

Das Volksbegehren löst eine frische, neue Kampagne der Gemeinsamkeit der drei Oppositionsparteien aus unter Beteiligung von mehr als einem Dutzend Organisationen und Verbänden und Hunderttausenden mittelbar und unmittelbar Betroffenen.

Das alles kommt der CSU äußerst ungelegen. Es ist nichts Ehrenrühriges, wenn man in der Politik Fehler einräumt und Korrekturen vornimmt. Von Reue jedoch gibt es in

der CSU bis jetzt keine Spur. Fehler? Welche Fehler? - Hinzu kommt: Die Selbstkorrektur bleibt in der CSU nicht die Ausnahme, sondern sie ist die Regel. Wir haben doch die rasanten Positionsänderungen bei Wehrpflicht, Atompolitik, Praxisgebühr, Länderfinanzausgleich, G 8, G 9 und Donauausbau vor Augen; das alles haben wir doch nicht vergessen.

Unter dem Strich begrüßen wir natürlich inhaltlich den rasanten Kurswechsel. Die CSU-Mitglieder der Staatsregierung und die Mitglieder der CSU-Fraktion dürfen sich als Erstes beim Volksbegehren gegen Studiengebühren eintragen, um ihren wütenden, anhaltenden Protest gegen die eigene Politik zum Ausdruck zu bringen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Noch besser wäre es hingegen, bereits heute mit unserem Antrag die Studiengebühren abzuschaffen, unter voller Kompensation aus dem Staatshaushalt. Sie sind eingeladen, unserem Antrag heute zuzustimmen. Sie, Herr Ministerpräsident, haben noch gestern im "Münchner Merkur" gesagt: Wir können nicht gegen unsere Meinung abstimmen. Wir nehmen Sie beim Wort und sind hier und heute gespannt, was Ihre Meinung wirklich wert ist. Machen Sie mit; lassen Sie uns heute mit einer breiten Landtagsmehrheit die Studiengebühren abschaffen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Eines wird mit dem gemeinsamen Antrag von SPD, GRÜNEN und FREIEN WÄHLERN auch deutlich: Es gibt eine Politik der Kontinuität, der Beständigkeit und der Verlässlichkeit als wohltuenden Kontrapunkt zu Schwarz-Gelb.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Bevor ich dem nächsten Redner das Wort erteile, möchte ich Ihnen mitteilen, dass zu diesem Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt worden ist. - Herr Professor Piazolo, Sie haben jetzt das Wort.

**Prof. Dr. Michael Piazolo** (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Offen gestanden: Als ich am 22. Oktober vor dem Bayerischen Verfassungsgericht stand, habe ich die Entwicklung so nicht erwartet. Politik kann schon spannend sein − das muss ich zugeben. Als die acht Richter in blauen Roben herauskamen, war ich schon sehr gespannt. Als sie dann gesagt haben, das Volksbegehren ist zugelassen, war mein erster Gedanke: Wow, gewonnen. Mein zweiter Gedanke war: Die Weihnachtsferien sind futsch, aber wenigstens für eine gute Sache; denn wenn wir das so durchziehen, müssten die Studierenden in Bayern keine Studiengebühren mehr zahlen, keine Beiträge mehr zahlen. Das, meine sehr verehrten Damen und Herren, ist gut so, und dafür gibt man auch gerne Weihnachtsferien her.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Dann habe ich nicht mehr so viel nachgedacht, sondern mich auf das Urteil konzentriert und mich wirklich auch gefreut, dass so viele Argumente übernommen worden sind, besonders, da sich die FREIEN WÄHLER in diesem Fall keinen Anwalt geleistet haben, sondern ich das selber machen durfte.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Insofern war das doch eine Freude.

Was danach kam, habe ich aber nicht erwartet. Im Grunde genommen war das so etwas wie ein Zwergerlpurzeln. Vorne stürzt das erste Zwergerl, und dann stürzen alle anderen hinterher. Innerhalb von Stunden ändern 90 Abgeordnete ihre Meinung. Angesichts eines solch entscheidenden und wichtigen Themas, über das man im Landtag jahrelang so intensiv debattiert hat, ist das unglaublich. Alle Argumente sind über Bord geworfen worden; die Positionen sind geräumt worden. Ich sage Ihnen: Ohne Urteil wäre das doch nicht passiert. Das muss man doch ehrlicherweise ganz offen sagen. Wenn das Urteil nicht so ausgegangen wäre, Herr Ministerpräsident, dann wür-

den wir doch heute nicht über Studienbeiträge reden. Insofern bildet das Urteil den neuen Sachstand. Das ist so.

Ich hatte mich aber schon gefragt − das sage ich auch ganz offen −, ob man in der Koalition vor solchen Entscheidungen nicht miteinander redet: Denn ich hatte den Eindruck, dass die FDP von dem schnellen Sinneswandel sehr überrascht war. Am Wochenende hat man sich dann intensiv beraten. Das Ergebnis war: Man beruft sich auf den Koalitionsvertrag. Ich erinnere mich noch an den Satz des Fraktionsvorsitzenden der CSU: Pacta sunt servanda.Man müsste die Frage stellen: Ist ein Koalitionsvertrag ein Vertrag? Die Bindungswirkung ist sehr umstritten. Das ist eine Willenserklärung.

(Widerspruch bei der FDP)

Wenn es ein fester Vertrag wäre, ein fester, bindender Vertrag, an den alle Abgeordneten gebunden sind, dann müsste man sich wirklich fragen, wie man es hier mit dem freien Mandat hält. Das wäre es dann wirklich nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Insofern ist das schon ein großes Problem.

Nur, einen Tag später waren die Meinungen schon wieder anders. Da haben Sie, Herr Ministerpräsident, verkündet: Wenn die Bevölkerung das Volksbegehren mit mehr als zehn Prozent unterstützt, dann werden Sie und die gesamte CSU in der nächsten Landtagsabstimmung der Abschaffung der Studiengebühren zustimmen. Das habe ich zumindest im Videotext des Bayerischen Fernsehens gelesen. Sie sagten, es gehe dabei nicht um die Macht, und Sie würden das ohne die FDP tun.

Insofern frage ich Sie aber: Warum warten Sie so lange? Wenn Sie jetzt Ihre Überzeugung geändert haben, dann stehen Sie zu Ihrer Überzeugung und tun es heute, meine sehr geehrten Damen und Herren!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Und nun zu dem, was mir ganz wichtig ist, zur Außenwirkung. Ich sage ganz offen, ich mache mir schon etwas Sorgen, wie das alles draußen ankommt. Glauben Sie wirklich, dass noch ein Bürger draußen versteht, was Sie hier tun?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Über 90 % der Abgeordneten in diesem Bayerischen Landtag wollen die Studienbeiträge abschaffen − dann müssen Sie es doch tun, dann muss es dieses Parlament tun.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Dann müssen wir doch zu unseren Überzeugungen stehen.

Ich sage da auch, vielleicht ein bisschen selbstkritisch, zur Opposition, zu uns: Was wird denn heute passieren? Heute werden wahrscheinlich wir als Opposition für die Absicht des Ministerpräsidenten stimmen, und die Regierungsfraktionen werden gegen die Absicht des Ministerpräsidenten stimmen. Irgendwo − das muss ich ganz offen sagen − machen wir uns doch auch lächerlich, irgendwo ist das unwürdig. Deshalb sage ich Ihnen: Stimmen wir heute zu, stehen wir zu den Überzeugungen und stimmen wir gegen die Studienbeiträge! Stehen Sie, meine Damen und Herren, die Sie das wollen, zu Ihren Überzeugungen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Nur, wenn das die Mehrheit der Abgeordneten der Regierungsfraktionen heute nicht kann, dann wird das halt das Volk tun. Das ist auch gut so; denn wir haben schon ein Bündnis geschmiedet. Dieses Bündnis ist jetzt schon stark, es wird stärker werden, und wir werden dafür kämpfen, dass wir zwischen dem 17. und dem 30. Januar mehr

als 10 % der Bevölkerung in die Rathäuser bringen. Das ist unser Ziel, auch in dieser kalten Jahreszeit, und das werden wir schaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Herr Kollege Professor Piazolo, lassen Sie eine Zwischenfrage von Herrn Klein zu?

**Prof. Dr. Michael Piazolo** (FREIE WÄHLER): Nein.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danach dann. Dann wird das eine Zwischenbemerkung, Herr Kollege Klein.

**Prof. Dr. Michael Piazolo** (FREIE WÄHLER): Genau.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Sie haben wieder das Wort, Herr Professor Piazolo.

**Prof. Dr. Michael Piazolo** (FREIE WÄHLER): Ich verstehe auch nicht ganz, was heute gesagt worden ist − so wurde es mir übermittelt -: Wenn sich bei diesem Volksbegehren 10 % finden und ihm zustimmen, dann sind in der nächsten Landtagssitzung mit den Stimmen der CSU die Studienbeiträge weg; wenn es aber nur 9,9 % sind, dann sind sie nicht weg, aber dann steht das im Wahlprogramm. − Ich muss sagen: Ich verstehe es nicht, ich verstehe es nicht!

(Unruhe)

Wofür stehen Sie? Auch 9,9 % der Bevölkerung sind wichtig. Auch wenn 9,9 % der Bevölkerung sagen, Studiengebühren weg, und Sie auch dieser Überzeugung sind, dann tun Sie es, Herr Ministerpräsident, und stehen Sie zu Ihren Überzeugungen, meine sehr verehrten Abgeordneten der CSU!

(Zurufe von den GRÜNEN)

Auch das habe ich gelesen, Herr Ministerpräsident: Sie sagten, es gehe Ihnen nicht um Macht, sondern um soziale Balance. Dann sage ich − und ich nehme das ernst -: Wenn das Ihr Argument ist, dann müssen wir die Studienbeiträge jetzt abschaffen; denn wenn wir sie jetzt abschaffen, sind sie im nächsten Semester weg. Es ist sozialverträgliche Politik, die Studienbeiträge so schnell wie möglich abzuschaffen. Wenn wir erst bis Januar, Februar oder März warten, dann wird diese soziale Balance ein Semester länger nicht stimmen. Deshalb sage ich Ihnen nochmals: Stehen Sie zu Ihrer Überzeugung, stimmen Sie für die Abschaffung der Studiengebühren, stimmen Sie für die volle Kompensation; denn das ist ganz, ganz wichtig. Stehen Sie zu Ihren Überzeugungen!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Herr Kollege Klein, Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Karsten Klein** (FDP): Herr Kollege, Professor Dr. Piazolo, ich empfehle erst einmal jedem Mitglied des Hohen Hauses, sich noch einmal Ihre Vorstellungen von Vertragstreue bei Koalitionsverträgen anzuschauen. Das ist für den einen oder anderen in diesem Haus vielleicht lehrreich.

Aber was mich eigentlich noch viel mehr interessiert, ist die Frage, ob Sie sich zur Qualitätsverbesserung, die aufgrund der Studienbeiträge an den bayerischen Hochschulen entstanden ist, bekennen. Wenn Sie sich zu dieser Qualitätsverbesserung bekennen, frage ich Sie, ob Sie bei einem erfolgreichen Volksbegehren in Ihrem Volksentscheidsentwurf auch entsprechend berücksichtigen werden, dass diese Qualitätsverbesserung erhalten bleibt.

(Beifall bei der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön. Herr Professor Piazolo, Sie haben das Wort.

**Prof. Dr. Michael Piazolo** (FREIE WÄHLER): Meine erste Bemerkung: Ich habe nur deutlich gemacht, dass die rechtliche und insbesondere die verfassungsrechtliche Qualität von Koalitionsverträgen sehr umstritten ist,

(Unruhe − Glocke des Präsidenten)

und zwar gerade aus dem Grund, dass Koalitionsverträge immer mehr Politik binden, dass man sich immer mehr auf Koalitionsverträge beruft, um einen sich in mehreren Jahren ändernden Sachstand im Grunde genommen ad absurdum zu führen. Der Koalitionsvertrag ist nicht der Vertrag, der die Politik bestimmt. Die gewählten Abgeordneten bestimmen die Politik, und die handeln nach ihrem Gewissen. Da müssen wir schon einmal die Wertigkeit anschauen: Wo steht ein Koalitionsvertrag, und was ist das freie Mandat von Abgeordneten?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN − Zuruf des Abgeordneten Karsten Klein (FDP))

- Wir schaffen die nicht ab. Sie haben das missverstanden.

(Zuruf des Abgeordneten Karsten Klein (FDP))

- Gerade auch als Hochschullehrer bin ich selbstverständlich für eine größtmögliche Qualität an den Hochschulen. Selbstverständlich setze ich mich dafür intensiv ein.

(Thomas Hacker (FDP): Wo steht das dann in Ihrem Volksbegehren?)

- Das steht deshalb nicht im Volksbegehren, weil es rechtlich nicht geht, eine Kompensation hineinzuschreiben.

(Thomas Hacker (FDP): Weil es nicht zulässig wäre!)

- Genau, weil das Volksbegehren dann nicht zulässig wäre. Das ist rechtlich so.

(Unruhe − Glocke des Präsidenten)

Nur, sehr geehrter Herr Hacker, wir haben hier über Jahre immer wieder gefordert, dass die Studienbeiträge, wenn sie abgeschafft werden, voll kompensiert werden sollen, sogar mehr als das, weil wir steigende Studentenzahlen haben und deshalb mehr Geld brauchen als das, was im Moment an Studienbeiträgen hereinkommt. Insofern stehen wir dazu. Nur, rechtlich ließ es sich beim Volksbegehren so nicht machen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Danke schön, Herr Kollege Piazolo. Als Nächster hat Frau Kollegin Margarete Bause von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Margarete Bause** (GRÜNE): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Kolleginnen und Kollegen von der FDP und der CSU, wir geben Ihnen heute mit diesem gemeinsamen Oppositions-Dringlichkeitsantrag die Gelegenheit, das zu tun, was die übergroße Mehrheit dieses Hauses erklärtermaßen will, nämlich die schnellstmögliche Abschaffung der Studiengebühren. Also, nutzen Sie diese Chance!

(Beifall bei den GRÜNEN, der SPD und den FREIEN WÄHLERN - Dietrich Freiherr von Gumppenberg (FDP): Populismus! - Heiterkeit − Unruhe − Glocke des Präsidenten)

- Herr Gumppenberg, zur FDP komme ich gleich noch.

Zur Abschaffung der Studiengebühren: Die Opposition wollte die Studiengebühren noch nie. Seit ihrer Einführung, seit fünf Jahren stehen wir vor den Universitäten, stehen wir auf der Straße, stellen wir unzählige Anträge hier im Parlament, damit diese sozial ungerechte Maßnahme so schnell wie möglich wieder abgeschafft wird.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Die CSU und ihr Ministerpräsident können sich nach dem Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichts nicht schnell genug von den Sünden ihrer Vergangenheit distanzie-

ren, und sie möchten die Fehlentscheidungen aus der Zeit ihrer Zweidrittelmehrheit am liebsten allesamt so schnell wie möglich vergessen machen.Mit all dem, was Sie heute sagen, bestätigen Sie unsere vielen Anträge und Argumente in der Vergangenheit, auf die Sie damals nicht hören wollten. Offenbar haben Sie seit dem Urteil gelernt. Herzliche Gratulation zu diesem schnellen Lernen!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zur FDP schließlich.

(Dietrich Freiherr von Gumppenberg (FDP): Was heißt "schließlich"? - Ulrike Gote (GRÜNE): Abschließend!)

- Das ist sozusagen abschließend das letzte Aufbäumen vor dem Untergang, Herr Gumppenberg. - Sie haben ja nicht immer so vehement für Studiengebühren gekämpft.

(Renate Will (FDP): Doch, immer!)

- Sie vielleicht, Frau Will. − Aber in Ihrem Landtagswahlprogramm steht, dass Sie für nachgelagerte Studiengebühren sind, also dass man sie nicht sofort erhebt, sondern im Nachhinein, wenn die Studierenden ihr Studium beendet haben.

(Thomas Hacker (FDP): Das haben wir durch das Beitragsdarlehen auch umgesetzt! Das ist der Unterschied, Frau Bause: Wir handeln!)

Ihre Generalsekretärin, Frau Gruß, hat erst im letzten Sommer gesagt:

Mein Ziel ist es, langfristig in Bayern die Bildung kostenfrei anzubieten, und zwar von der frühkindlichen bis zur Hochschulausbildung.

(Thomas Hacker (FDP): Deswegen fangen wir beim Kindergarten an! Das ist sozial und gerechtfertigt!)

Wünschenswert wäre es, in einem ersten Schritt noch in dieser Legislaturperiode in Bayern die Studiengebühren abzuschaffen.

So Ihre Generalsekretärin, Frau Gruß, am 14. Juli 2011. Offenbar gilt das nicht. Aber tun Sie ihr doch den Gefallen, die Studiengebühren noch in dieser Legislaturperiode abzuschaffen.

Heute sind die Studiengebühren ganz offensichtlich der letzte Strohhalm im Überlebenskampf der FDP. Ich finde es schon interessant, dass Sie gerade den Studierenden − Studiengebühren sind ja eine zusätzliche Belastung für die Eltern und die Studierenden - das Heilsversprechen geben: Wenn ihr uns wählt, dann dürft ihr in Zukunft jährlich 1.000 Euro für eure Bildung zahlen. − Mit diesem Versprechen werden Sie ganz offensichtlich in den nächsten Wahlkampf gehen. Viel Vergnügen damit!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ausgerechnet die FDP brüstet sich damit, dass sie die Studierenden zur Kasse bittet. Ansonsten können Sie nicht schnell genug sein, die Hoteliers zu entlasten oder Steuerflüchtlingen Beihilfe zu geben.

(Beifall bei den GRÜNEN und des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Das ist die FDP, die heute vor die bayerische Bevölkerung hintritt.

(Tobias Thalhammer (FDP): Auch Sie waren in Ihrem Wahlprogramm für die Steuerentlastung der Hotels!)

Die erbärmlichste Figur in diesem Tollhaus macht allerdings die CSU. Das kann ich Ihnen nicht ersparen. Herr Seehofer, Herr Schmid, noch vor drei Wochen konnten Sie bei Ihrem Parteitag vor Kraft kaum laufen. Und jetzt? − Jetzt können Sie vor Angst nicht schnell genug davonlaufen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aus Angst vor dem Volk läuft die Volkspartei vor sich selbst davon. Was für ein Erscheinungsbild: orientierungslos, kopflos, planlos, mutlos und wertelos. Den letzten Rest Ihrer Glaubwürdigkeit verhökern Sie aus Angst vor Machtverlust. Das ist Ihre Situation. Gerade weil Sie so viel Angst vor dem Machtverlust haben, könnte genau dieser Fall umso eher eintreten. Es könnte nämlich sein, dass Ihr nächster Purzelbaum Ihr letzter Purzelbaum und genau derjenige ist, der in den Abgrund führt.

(Beifall des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Sie geben gern die Kraftmeier, aber in Wahrheit sind Sie nur mehr die Angstmeier.

Das Ganze wäre vielleicht noch recht unterhaltsam. Das Problem ist nur, dass die Studierenden und die Angestellten, die Professoren und die Dozenten an den Hochschulen die Folgen Ihrer Unfähigkeit ausbaden müssen. Was lesen wir? − Unsicherheit, mangelnde Planungssicherheit, keine Planungssicherheit, Unklarheit. Wie geht es weiter?

(Dietrich Freiherr von Gumppenberg (FDP): Wer löst denn das aus?)

Die ersten Hochschulen fangen schon an, die Verträge zu befristen und die Mitarbeiter nicht mehr länger anzustellen. Hierfür haben Sie die Verantwortung zu tragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Seit der Zulassung des Volksbegehrens sorgt sich unser Ministerpräsident tatsächlich um die soziale Balance in unserem schönen Bayern. Seit der Zulassung des Volksbegehrens fällt Ihnen auf: Das mit den Studiengebühren ist sehr kritisch. Die bringen die soziale Balance in Gefahr.

Ich sage Ihnen: Die Studiengebühren sind Gift für die soziale Balance, und zwar nicht erst seit der Verkündung des Urteils des Verfassungsgerichts, sondern seit vielen Jahren ist das so.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Studiengebühren verschärfen die sich immer weiter öffnende soziale Schere in unserer Gesellschaft.

Ich will Ihnen einmal, weil wir diese Debatte auch in der letzten Sitzung geführt haben, die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks in Erinnerung rufen. Wie ist es denn da? Wer studiert aus welcher gesellschaftlichen Schicht? − Die letzte Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks macht deutlich: In den letzten 20 Jahren hat sich die Situation im unteren Bereich nicht verbessert. Das ist seit 1991.

(Renate Will (FDP): Aber da müssen wir doch Geld hineintun!)

- Sie können gleich noch reden, Frau Will. − Seit 1991 können sich aus der unteren sozialen Schicht nur 15 % ein Hochschulstudium leisten. Das hat sich nicht verändert; das hat sich nicht verbessert.

(Thomas Hacker (FDP): Die kommen doch nicht einmal bis zum Abitur! Dahin müssen wir sie erst einmal bringen! - Unruhe − Glocke des Präsidenten)

Das sind heute noch immer nur 15 %. In der obersten sozialen Schicht hingegen hat sich die Situation verändert. Da waren es bis vor 20 Jahren 26 %, und jetzt sind es 35 %. Jetzt sagen Sie mir nicht, dass das kein Beleg für die absolute Ungerechtigkeit unseres Bildungssystems ist.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Frau Kollegin Bause, lassen Sie eine Zwischenfrage zu?

**Margarete Bause** (GRÜNE): Nein, ich lasse keine Zwischenfrage zu.

Dann gibt es noch den sogenannten Bildungstrichter. Der sagt uns, dass von 100 Kindern aus Akademikerfamilien im Jahr 2007 71 Kinder den Hochschulzugang erreicht haben. Er sagt uns weiterhin, dass von 100 Kindern aus Nichtakademikerfamilien nur

24 Kinder den Hochschulzugang erreicht haben. Deswegen sind die Studiengebühren sozial ungerecht. Deswegen müssen sie schnellstmöglich abgeschafft werden.

(Beifall bei den GRÜNEN - Thomas Hacker (FDP): Die Zahlen sind richtig! Aber Ihre Analyse ist falsch! Sie stellen die verkehrten Weichen!)

Mit Ihren peinlichen Pirouetten, Kolleginnen und Kollegen von Schwarz-Gelb, haben Sie sich so in Ihren eigenen Fallstricken verheddert, dass Sie sich selber völlig gelähmt haben. Sie nennen sich zwar noch Regierung, aber Sie sind nicht mehr fähig zu regieren. In Ihrer Not rufen Sie jetzt das Volk zu Hilfe: Liebes Volk, wir können es nicht mehr. Holt uns aus der Staatskanzlei heraus! − Liebe Bayerinnen und Bayern, ich sage: Tut Schwarz-Gelb diesen Gefallen! Dieser Notruf sollte wirklich erhört werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte am Redepult. − Frau Kollegin Sandt, Sie haben das Wort für eine Zwischenbemerkung. Bitte schön.

**Julika Sandt** (FDP): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Kollegin, Sie haben soeben behauptet, die FDP würde Hoteliers entlasten und den Studenten das Geld aus der Tasche ziehen. Das sei ungerecht.

(Margarete Bause (GRÜNE): Sie haben es gut zusammengefasst.)

Ich habe jetzt im Internet einmal spaßeshalber nach "Hoteliers" und "Grüne" gegoogelt und einen Brief von Herrn Runge aus dem Jahr 2009 gefunden, in dem er an die Hoteliers schreibt:

> Unsere Fraktion hat sich am 22. April mit breiter Mehrheit für die Einführung eines ermäßigten Mehrwertsteuersatzes für die Gastronomie und Hotellerie … ausgesprochen.

Sie haben sich also für die 7 % Mehrwertsteuer für die Hotellerie ausgesprochen.

(Zuruf von der FDP: Hört, hört!)

Ist es gerecht, wenn Sie gleichzeitig der Krankenschwester und dem Chefarzt − Sie sagen ja, der Steuerzahler soll dies zahlen − das Geld in dieser Form aus der Tasche ziehen, um die Studiengebühren auf diese Art und Weise zu kompensieren? Ist das sozial gerecht?

(Beifall bei der FDP)

**Margarete Bause** (GRÜNE): Liebe Frau Sandt, da können Sie herumargumentieren, wie Sie wollen: Sie sind die Partei, die die Gutverdienenden noch belohnen will, die ihnen noch etwas obendrauf geben, die ihnen noch Steuergeschenke geben will, aber die andere mit Studiengebühren belasten will.

(Thomas Hacker (FDP): Sie widersprechen sich doch in dem eigenen Wortbeitrag!)

Wenn Sie es anders wollen, dann setzen Sie heute ein Zeichen, dass Sie es gelernt haben, und stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Als Nächster hat Herr Kollege Oliver Jörg von der CSU das Wort.

**Oliver Jörg** (CSU): Herr Präsident, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Professor Piazolo, wofür steht die CSU-Landtagsfraktion? - Die CSU-Landtagsfraktion steht für eine funktionierende Koalition mit der FDP, steht für eine handlungsfähige Koalition auch in den kommenden Monaten.

(Tobias Thalhammer (FDP): Auch in den kommenden Jahren!)

Dies gilt im Bewusstsein und in der hohen Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in Bayern. Wir streiten gemeinsam im Haushaltsausschuss und im Ple-

num sowie in den Fachausschüssen darüber, was für Bayern das Beste ist, wenn wir einen Haushalt aufstellen. Wir besprechen: Welche Zukunftsinvestitionen in unser Land müssen getätigt werden? Was brauchen wir im Sozialbereich? Diese Themen bewegen die Menschen in ihrer gesamten Breite.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

− Herr Kollege Rinderspacher, ich habe Ihnen sehr aufmerksam zugehört und Ihnen das Wort gelassen. Jetzt bitte ich Sie, mir zuzuhören.

Die Studienbeiträge sind ein wichtiges Mittel zur Verbesserung der Lehre, das die Gesellschaft in Bayern interessiert und über das in den letzten Monaten, ja, eigentlich schon in den letzten Jahren, viel debattiert wurde. Ich glaube, im Hochschulausschuss gab es keine zwei Sitzungen, in denen Studienbeiträge nicht das Thema waren.

Die Debatte fällt für uns auch jetzt nicht vom Himmel. Wir haben es uns nie einfach gemacht. In der gesamten Legislaturperiode waren wir bestrebt, die sozialen Gesichtspunkte − zum Beispiel, dass in Bayern niemand vom Studium abgehalten wird − auszubauen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben bis vor wenigen Monaten versucht, noch einmal Verbesserungen einzuführen, weil wir nicht nur Ihre Vorträge, sondern auch die Äußerungen an den Universitäten und in der Bevölkerung ernst genommen haben. Wir haben immer wieder innegehalten und überlegt, ob wir auf dem richtigen Weg sind.

Ich bin nach wie vor der Meinung, dass die Studienbeiträge für die Verbesserung der Lehre ein ganz wichtiges Mittel sind. Als wir vor zwei Wochen hier auseinandergegangen sind, haben wir uns in der CSU-Landtagsfraktion überlegt, eine mehr als intensive Diskussion mit allen in der Gesellschaft, aber auch in unserer Partei, vom Ortsverband bis zu der Parteispitze, zu führen. Dies haben wir getan.

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Herr Kollege Jörg, lassen Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Piazolo zu?

**Oliver Jörg** (CSU): Nein. Ihre Frage können Sie am Schluss stellen.

Am Ende stehen einige Fragen, zum Beispiel die: Sind die Studienbeiträge wirklich sozial gerecht? Gibt es vielleicht doch den einen oder anderen, der durch den Rost fällt?

Auf der anderen Seite wird uns die Frage vorgetragen: Ist es wirklich gerecht, dass ein reiches Land wie Bayern − vielleicht das reichste in Deutschland, eine der reichsten Regionen in ganz Europa − unsere Studierenden mit Beiträgen belegt, während es andere Länder nicht tun? Ist das sozial gerecht? Natürlich reden wir hier netto miteinander.

Herr Professor Piazolo, selbstverständlich hat Ihre Initiative dazu beigetragen, dass die Debatte bei uns wesentlich intensiver geführt wurde. Ich meine nicht nur die letzten zwei Wochen, in denen die Zulässigkeit bestätigt wurde, sondern auch die Wochen davor, als Sie sich auf den Weg gemacht haben. Reden wir doch netto miteinander!

Spannend ist: Was nehmen wir aus den Debatten mit? Es geht um die Frage: Ist es gerecht, dass Bayern die Schallmauer im Länderfinanzausgleich mit 50 % durchbricht, die wir mittlerweile bedienen, während andere Bundesländer, die davon profitieren, keine Studienbeiträge verlangen? Das lässt die Bayerinnen und Bayern fragen: Ist das gerecht?

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn wir nach all diesen Abwägungen einen Schlussstrich gezogen haben, dann haben wir es uns in der CSU-Landtagsfraktion damit nicht einfach gemacht. Wir sind zu einem Ergebnis gekommen, welches Ihnen hinlänglich bekannt ist.

Jetzt müssen sich unsere Studierenden, die sich anschicken, morgen die Bildungselite in Bayern und weit darüber hinaus zu sein, schon die Mühe machen, zu lernen, wie die Demokratie funktioniert und wie es funktioniert, wenn sich zwei Koalitionspartner auf den Weg gemacht haben, eine gute Politik zu betreiben, und dies auch weiterhin so halten wollen.

Wenn unsere Kolleginnen und Kollegen von der FDP nach Abwägung des Für und Wider zu einer anderen Auffassung kommen, dann ist das mehr als legitim und mehr als ihr Recht, es so zu halten. Unsere gemeinsame Verantwortung ist, dass wir gemeinsam handlungsfähig für dieses Land sind. Dies ist das Allerwichtigste.

Jetzt gebe ich Ihnen auf Ihre Vorhaltungen, Herr Rinderspacher, einige Antworten. Die wichtigste Botschaft, die am Wochenende gegeben wurde, ist genau die, von der Sie unterstellen, dass sie nicht gegeben wurde, dass nämlich diejenigen, die vom Mittelbau bis zu Lehrbeauftragten und Dozenten unserer bayerischen Hochschulen tätig sind, die dort eine hervorragende Arbeit leisten, die unseren Lehrbetrieb ideal verbessert haben, die zu Hause Familien haben − da fragen sich die Studierenden ja, ob ihr Dozent auch übermorgen noch da ist -, wichtige Funktionen haben.

Da gilt mein Dank dem Ministerpräsidenten.

(Unruhe und Lachen bei der SPD und den GRÜNEN)

- Wenn heute über hundert Millionen Euro als Kompensation für das Jahr 2014 bei der Opposition gelacht wird, dann hat sie in Bezug auf das Geld die Realität völlig verloren.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn wir darüber hinaus 45 Millionen Euro für das Jahr 2013 auf die Seite nehmen und den Studierenden und den an unseren bayerischen Hochschulen Tätigen sagen, dass wir gemeinsam mit ihnen in die Zukunft schauen, und das Volksbegehren so aussehen wird, dass die Studienbeiträge in Bayern der Vergangenheit angehören,

dann bedeutet es eine hohe Verantwortung der Staatsregierung, zu sagen: An dieser Nahtstelle sorgen wir vor, wenn wir über Geld und den kommenden Doppelhaushalt reden. Deshalb bedeutet dies mehr als eine starke Botschaft an unsere bayerischen Hochschulen.

Am vergangenen Donnerstag saß ich mit allen Kanzlern der Hochschulen, die sich mit angewandten Wissenschaften befassen, hier im Landtag zusammen. Da stellte sich heraus, dass unsere Absicht dem Wunsch der Kanzler entspricht. Der Wunsch der Kanzler ist erfüllt. Das wird man doch wohl unterstreichen dürfen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Es ist unser Anspruch, dass wir die Verantwortung für Bayern in der ganzen Aufgabenfülle und über die Studienbeiträge hinaus wahrnehmen. Wir wollen Ihrem populistischen Auftritt nicht nachgeben. Wir werden mit sehr gutem Gewissen Ihren Dringlichkeitsantrag ablehnen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Herr Kollege Jörg, wir haben noch zwei Meldungen zu Zwischenbemerkungen. Bleiben Sie deswegen bitte am Redepult. Die erste Wortmeldung kommt von Herrn Professor Dr. Piazolo, die zweite von Frau Kollegin Kohnen.

**Prof. Dr. Michael Piazolo** (FREIE WÄHLER): Sie haben vorher gesagt, wir können offen reden. Das tun wir, und deswegen sind wir hier im Parlament. Natürlich kann man irgendwelche Argumente finden und sich damit über Studiengebühren austauschen. Das haben wir lange gemacht.

(Markus Rinderspacher (SPD): Mehrere Jahre!)

Ich verurteile niemanden, der dazu eine bestimmte Meinung einnimmt. Bei Ihrer Rede hat mir aber ein klares Bekenntnis dazu gefehlt, wo die CSU, die CSU-Abgeordneten

und die CSU-Fraktion im Moment stehen. Mir hat ein inhaltliches Bekenntnis gefehlt, ein Bekenntnis dazu, wie Sie abstimmen. In Interviews haben Sie schon gesagt, Sie persönlich, Oliver Jörg, seien für die Abschaffung der Studienbeiträge, weil die breite Bevölkerung das auch so sehe.

Mich stört es nicht, dass Sie jetzt schnell Ihre Meinung ändern. Am meisten stört mich aber, dass wir nicht mehr wissen, wie es weitergeht. Die Koalitionsgespräche wurden unterbrochen. Wenn ich es richtig verstanden habe, setzen Sie sich kurz vor dem Volksbegehren noch einmal zusammen und überlegen dann, ob man die Studienbeiträge vor dem Volksbegehren doch abschafft.

(Markus Rinderspacher (SPD): Pures Chaos!)

Dann wurde gesagt, wenn das Volksbegehren durchgeht, werden Sie die Studienbeiträge vielleicht im Landtag abschaffen. Wenn es nicht durchgeht, ändern Sie Ihr Wahlprogramm. Noch keiner hat etwas dazu gesagt, wie er dann zu dieser Frage steht, wenn der Volksentscheid kommt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Da muss erst das Grundsatzprogramm geändert werden!)

Selbst die FDP hat noch nicht gesagt, wie sie zum Volksentscheid steht. Zum Volksentscheid, nicht zum Volksbegehren! Das geht auf Kosten der Rechtssicherheit der Hochschulen und der Studierenden.

(Thomas Hacker (FDP): Und das haben Sie billigend in Kauf genommen, Herr Piazolo!)

Allein in deren Interesse müssen wir jetzt handeln, oder Sie müssen sagen, dass sich in den nächsten Monaten nichts ändern wird. Dazu bitte ich um Klarheit.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Herr Kollege Jörg, Sie haben das Wort.

**Oliver Jörg** (CSU): Es gibt die klare Zusage, dass alle, die Arbeitsverträge haben, sich keine Sorgen machen müssen, egal ob die Arbeitsverträge befristet oder unbefristet, ob sie auf ein oder zwei Jahre befristet sind, egal, wie es weitergeht, egal wie der bayerische Wähler entscheidet, egal, ob eine frühzeitigere Abschaffung ins Auge gefasst wird oder nicht. Das ist die Rechtssicherheit. Das ist das Allerwichtigste. Diese Botschaft ist glasklar formuliert. Es ist offensichtlich, wo die CSU und die CSU-Landtagsfraktion stehen.

(Volkmar Halbleib (SPD): Dann sprechen Sie es halt aus!)

Ein auf Dialog ausgerichteter Vorsitzender des Hochschulausschusses würde diese Aussage nicht in dem Bewusstsein tätigen, dass er seine Fraktion nicht hinter sich hat.

(Beifall bei der CSU)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Als Nächste hat Frau Kollegin Kohnen das Wort.

**Natascha Kohnen** (SPD): Herr Kollege Jörg, wir hatten das Vergnügen, einige Jahre zusammen im Hochschulausschuss zu sitzen. In Ihrer Rede gab es einen schönen Spruch: "Reden wir doch netto miteinander." Deshalb würde ich vorschlagen, dass Sie jetzt einmal netto reden. Herr Jörg, am 22. April 2008 haben Sie wörtlich gesagt, sie seien davon überzeugt, dass die Studienbeiträge auch für ein gesellschaftliches Umdenken von Bedeutung seien. Die CSU sei vom Leitbild der solidarischen Leistungsgesellschaft geprägt. Sie stehe zur Eigenverantwortung. Deshalb würden Sie an den Studienbeiträgen festhalten. Das war Ihre Rede im Jahr 2008. Die könnten Sie noch einmal erläutern.

Am 10. November 2012 sagten Sie im "Main-Echo", die Situation habe sich verschärft. Es heißt dort: Oliver Jörg plädiert für die Abschaffung der Studiengebühren. Das, was Sie hier gerade gemacht haben, war keine Erklärung, sondern ein Darumherum. Jetzt

erklären Sie uns, was 2008 Ihre Überzeugung war. Wenn wir netto reden sollen, wäre es schön zu wissen, was heute Ihre Meinung ist.

(Zuruf von den GRÜNEN: Das weiß er vielleicht gar nicht!)

Das zweite Paradoxon, das wir hier haben, ist Folgendes: Würden Sie mir zustimmen, wenn ich sage, dass die Mehrheit der Abgeordneten hier im Parlament gegen die Studiengebühren ist? Sie haben jetzt davon gesprochen, dass Sie eine funktionierende Koalition haben. Würden Sie aber der Aussage zustimmen, dass Sie als Regierungspartei nicht die Kraft haben, die Studiengebühren abzuschaffen? Wie erklären Sie es uns, dass eine Koalition funktioniert, an der Sie und auch Ihr Ministerpräsident, der hoffentlich nachher noch ans Redepult gehen wird, beteiligt sind? Wie schaffen Sie die soziale Balance, Herr Seehofer? Wie schaffen Sie es, die Studiengebühren abzuschaffen? Wie bringen Sie Ihren Koalitionspartner dazu, den Koalitionsvertrag zu brechen? Am besten soll uns diese Frage der Ministerpräsident selbst beantworten.

(Thomas Hacker (FDP): Der Koalitionspartner bewegt sich auf der Grundlage des Koalitionsvertrags! Wir werden nichts brechen!)

Herr Hacker, Sie haben nachher noch die Möglichkeit, zu sagen, wann Sie den Koalitionsbruch machen oder wann Sie den Koalitionsvertrag brechen.

(Tobias Thalhammer (FDP): Wir halten den Koalitionsvertrag ein!)

Darauf sind wir sehr gespannt. Herr Jörg, ich hätte die Antwort darauf gerne Ende Januar nach dem Volksbegehren, wenn die eine Million Unterschriften zusammen sind. Wie will Ihr Ministerpräsident dann den Koalitionspartner in der funktionierenden Koalition zum Bruch bringen?

(Beifall bei der SPD)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Das waren jetzt keine Zwischenbemerkungen, sondern Zwischenfragen. Herr Kollege Jörg, Sie haben das Wort.

**Oliver Jörg** (CSU): Der größte Teil ist Rhetorik, die nicht wirklich eine Antwort verdient. Auf eines möchte ich eingehen. Sie müssen sich nur ein bisschen konzentrieren und aufpassen. Der interessante Kern Ihrer Fragestellung steckt in einem Punkt. Darüber haben wir in den letzten Wochen noch nie geredet, und das sollten wir verdichten. Es ist die Frage, was die Studienbeiträge gesellschaftspolitisch und vor allem an unseren Hochschulen bewirkt haben. Die Studierenden wurden einbezogen und für einen nicht geringen Teil in die Mitverantwortung genommen.

(Dr. Karl Vetter (FREIE WÄHLER): Der fällt schon wieder um!)

Die Studierenden wurden in die Verwendung der Mittel zur Verbesserung der Lehre einbezogen. Die Studierenden wurden einbezogen, um ihre Hochschule noch viel intensiver kennenzulernen. Die Studierenden wurden in den Hochschulsenaten und den Hochschulräten einbezogen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Demokratie nur gegen Geld!)

Mit ihnen zu diskutieren macht Spaß, weil sie sich wenigstens konzentrieren, Frau Kohnen. Sie sollten sich alle einmal diese Mühe machen.

Interessant bleibt doch, wie wir alle diese positiven Elemente, die wir in den letzten Jahren an unseren Hochschulen haben beobachten dürfen, für die Zukunft aufrechterhalten können, egal ob wir die Studienbeiträge abschaffen oder nicht. Darauf geben Sie überhaupt keine Antwort. Sie fordern nur, dass wir die Studienbeiträge abschaffen und dann schauen, was passiert. Das ist der interessante Punkt. Wenn Sie heute die positiven Elemente ansprechen, die die Studienbeiträge in den letzten Jahren gesellschaftspolitisch bewirkt haben, dann sage ich: Herzlichen Dank für diese Debatte.

(Beifall bei der CSU - Natascha Kohnen (SPD): Ich habe von hundert Prozent Kompensation gesprochen! Das ist eine glatte Lüge! - Volkmar Halbleib (SPD): Was Sie meinen, haben Sie uns noch immer nicht gesagt!)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Wenn Sie sich wieder beruhigt haben, können wir weiterfahren. Herr Kollege Jörg, wir haben noch eine weitere Wortmeldung zu einer Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Schopper. Ich bitte um Ruhe, damit die Kollegin die Gelegenheit hat, ihre Zwischenbemerkung zu machen.

**Theresa Schopper** (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Kollege, ich wollte Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie einen kleinen Blick auf den Antrag werfen sollten. Wir hatten in unserem Antrag Folgendes formuliert:

> Der Landtag teilt darüber hinaus die Einschätzung des Ministerpräsidenten, dass die durch eine eventuelle Abschaffung der Studienbeiträge für die Hochschulen wegfallenden finanziellen Mittel aus Haushaltsmitteln kompensiert werden können.

Das tragen wir durchaus mit.

Ich wollte Sie aber fragen, seit wann Sie mit dem überraschenden Faktum konfrontiert sind, dass der Länderfinanzausgleich, den Bayern bezahlt, ungerecht ist, weil die anderen Länder im Wesentlichen die Studiengebühren abgeschafft haben. Seit wann sind Sie denn von dieser Erkenntnis so überrascht? Ist das erst seit dem 22. Oktober der Fall, oder plagt Sie dieser Gedanke schon länger?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Herr Kollege Jörg, Sie haben das Wort.

**Oliver Jörg** (CSU): Wenn Sie meine Anregung in der Debatte damit beantworten, dass Sie eine hundertprozentige Kompensation wünschen, dann gehen Sie überhaupt nicht auf das ein, was ich meine. Vermutlich habe ich mich nicht klar ausgedrückt. Es geht um etwas anderes. Es geht nicht nur ums Geld. Es geht darum, wie sich Studierende mit ihrer Hochschule identifizieren und wie sie zu ihrer Hochschule stehen, weil sie sich in der Vergangenheit daran selbst monetär beteiligt haben. Darum geht es.

Wie können wir diese positiven gesellschaftspolitischen Auswirkungen in die Zukunft retten?

(Ulrike Gote (GRÜNE): Schauen Sie doch nach Baden-Württemberg!)

Danach haben Sie mich gefragt, und darauf haben Sie eine Antwort bekommen.

(Beifall bei der CSU - Natascha Kohnen (SPD): Ich habe Sie nach mehr gefragt!)

**Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet**: Als Nächster hat der Kollege Thomas Hacker von der FDP das Wort.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Habt ihr keine Frauen mehr?)

**Thomas Hacker** (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben hier eine Debatte zu den Studienbeiträgen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Ich habe wenigstens den Antrag gelesen, und ich bin wenigstens auch der Debatte gefolgt. − Sehr viel Getöse, sehr viel Polemik, wenig Inhalte, vor allem wenig Neues.

(Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Wie soll es denn auch sein? Die Debatte, die wir heute führen, führen wir in dieser Legislaturperiode mindestens zum fünfzehnten oder sechzehnten Mal in diesem Hause.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Daran, dass gerade dieses Thema immer und immer wieder aufgebracht und intensiv diskutiert wurde, zeigt sich vor allem eines: Die Prioritäten in der Bildungspolitik, die Grundlagen für den Bildungserfolg, werden von den Oppositionsparteien zwar immer wieder durch Lippenbekenntnisse bekundet, aber nie in Taten, nie in Haushaltstitel umgesetzt.

(Beifall bei der FDP)

Meine Damen und Herren, wenn Sie in Ihrem Antrag die Studienbeiträge zur sozialsten Frage des Freistaats Bayern erklären

(Zurufe von der SPD: Nein! Das war Herr Seehofer!)

- Sie von der Opposition haben den Antrag gestellt -, dann muss ich schon die Frage stellen, warum ausgerechnet die Sozialdemokratie oder die GRÜNEN mit Unterstützung oder vielleicht auch durch das Vorschicken der FREIEN WÄHLER gerade den Teil unserer Gesellschaft, nämlich die Studenten an den Hochschulen, entlasten, der aufgrund der guten, ja hervorragenden Ausbildung, die er erhält, zukünftig ein Einkommen zu erwarten hat, das im Durchschnitt um 30 oder 40 % über dem liegt, das jene erhalten, die in die berufliche Ausbildung gehen, die Lehrstellen annehmen und bereits im 15. oder 16. Lebensjahr ins Berufsleben einsteigen.

(Beifall bei der FDP - Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Sie hätten sie entlasten können!)

Dass wir durch Studienbeiträge keinen einzigen Schüler, keinen einzigen Abiturienten, niemanden davon abhalten wollen, eine Hochschule zu besuchen, haben wir in dieser Legislaturperiode durch die zahlreichen Befreiungstatbestände wie die Zwei-Kinder-Regelung und die Drei-Kinder-Regelung noch einmal untermauert. 31 bis 33 % der Studierenden − je nachdem − sind heute faktisch von den Studienbeiträgen befreit. Das ist die soziale Komponente der Studienbeträge.

(Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU - Margarete Bause (GRÜNE): Erklären Sie das dem Ministerpräsidenten!)

- Ich rede sehr häufig und gern mit unserem Ministerpräsidenten, und ich hoffe, er auch mit mir. Wir tauschen uns auch über diese Fragen aus.

(Tobias Thalhammer (FDP): Wie könnte es anders sein, Thomas!)

Wir haben unser Wahlprogramm umgesetzt. Sie haben völlig recht: Unser Programm enthält nachgelagerte Studienbeiträge. Faktisch haben wir das erreicht. Das ist das Studienbeitragsdarlehen. In diesen Tagen geht erneut die Nachricht an alle Studenten hinaus, dass Studienbeitragsdarlehen erst dann zurückzuzahlen sind, wenn das Nettoeinkommen − nicht das Bruttoeinkommen; Sozialdemokraten tun sich beim Rechnen gelegentlich schwer − 1.670 Euro übersteigt.

(Beifall bei der FDP - Natascha Kohnen (SPD): Warum macht es dann keiner?)

Dieses Darlehen ist erst dann zurückzuzahlen, wenn seit Studienende 18 Monate verstrichen sind, und wenn BAföG und Studienbeitragsdarlehen zusammengerechnet 15.000 Euro übersteigen, wird jeder diese Summe übersteigende Betrag automatisch gestrichen und ist nicht mehr zu leisten.

Deswegen ist unsere Aussage ganz klar: Studienbeiträge, die die Qualität an den Hochschulen verbessern, die zu zusätzlichen Professorenstellen, zu zusätzlichen Tutorienstellen, zu einem zusätzlichen Mittelbau führen, sind gerechtfertigt und notwendig. Auch die Studierenden, die sie abschaffen wollen, sagen, dass diese Dinge für die Qualität der Hochschule existenziell notwendig sind.

(Beifall bei der FDP)

Auch sind sie sozial gerechtfertigt, weil sie erst nachgelagert zu bezahlen sind, weil sie erst dann zu bezahlen sind, wenn das eigene Einkommen deutlich höher ist als das der Breite der Gesellschaft.

(Beifall bei der FDP - Zuruf der Abgeordneten Natascha Kohnen (SPD))

Deswegen befindet sich die Position der FDP, die Position, die sich im Koalitionsvertrag befindet, im Einvernehmen mit den katholischen Bischöfen hier in Bayern. Es mag auch viele überraschen, dass die katholische Kirche sagt: Studienbeiträge, sozial abgefedert: Haken dran: das haben wir erledigt. Studienbeiträge, die nachgelagert zu bezahlen sind: Haken dran; haben wir erledigt. Sie sind sozial gerechtfertigt, wenn die

Gelder in die tatsächlichen Schwerpunkte der Bildungspolitik eingestellt werden, und das ist die frühkindliche Bildung.

(Beifall bei der FDP - Ulrike Gote (GRÜNE): Sagen Sie doch einmal, was Ihre Synode dazu sagt! - Zuruf des Abgeordneten Professor Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER))

Frau Ackermann, Herr Unterländer, wir sind doch alle der Meinung, dass die Grundlage für den späteren Bildungserfolg in den ersten Jahren der Entwicklung des Kindes gelegt wird.

(Beifall bei der FDP)

Alle Zahlen, die Sie, Frau Fraktionsvorsitzende Bause, genannt haben, sind doch richtig. Gerade in Bayern ist der Bildungserfolg der jungen Menschen immer noch zu stark vom Einkommen und vom Bildungshintergrund der Eltern abhängig.

(Beifall bei der FDP)

Deswegen ist diese Koalitionsregierung darangegangen, den Krippenausbau zu forcieren, das Betreuungsangebot von 8 % auf heute 35 % zu erhöhen.

Wenn Sie sich den Bericht von Bundesfamilienministerin Schröder anschauen − Fakten könnten Sie ja auch einmal würdigen -, dann sehen Sie, dass Bayern heute von den West-Bundesländern das beste Betreuungsangebot, die kleinste Differenz zwischen Nachfrage und Angebot hat.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das mag in München nicht so sein. Wir wissen, dass hier Herr Ude regiert. Aber in Bayern insgesamt sind die Zahlen von den West-Bundesländern am besten. Das wurde vorletzte Woche veröffentlicht. Zuerst sollte man sich informieren und erst dann im Plenum dazwischenrufen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CSU)

Meine Damen und Herren, wir wissen, dass wir in die frühkindliche Bildung investieren müssen, dass wir die Fördermöglichkeiten gerade in der Grundschule noch verbessern müssen. Mit unserer flexiblen Grundschule sind wir auf dem richtigen Weg auch zu einer besseren individuellen Förderung für die Kinder. Wenn wir es schaffen, dass wir am Anfang niemanden draußen stehen lassen, dass wir den jungen Menschen am Anfang alle Bildungschancen eröffnen, ganz gleich, ob sie aus bildungsfernen Familien oder aus Familien mit Migrationshintergrund kommen, dann erreichen wir Bildungsgerechtigkeit.

(Beifall bei der FDP)

Die soziale Frage im Bildungssystem entscheidet sich nicht an der Beitragsfreiheit der Hochschule,

(Ulrike Gote (GRÜNE): Auch!)

sondern sie entscheidet sich in den ersten Jahren der kindlichen Bildung.

(Lebhafter Beifall bei der FDP)

All das, meine sehr geehrten Damen und Herren, sind inhaltliche Gründe dafür, dass wir eine klare Überzeugung und eine klare Haltung haben.

Theresa Schopper hat dankenswerterweise in ihrer Intervention als Erste darauf hingewiesen, dass es auch einen Antragstext gibt, den wir zu beschließen haben. Daher komme ich nun zu dem Antrag. Darin steht nämlich überhaupt nicht, dass der Bayerische Landtag etwas abschaffen soll, so wie Sie es in Ihren Reden zum Ausdruck gebracht haben. Ich glaube, Sie haben Ihren eigenen Antrag vor dieser Debatte nicht gelesen, diesen Antrag als Minimalkonsens einer Koalition in der Opposition.

(Lachen der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE) - Markus Rinderspacher (SPD): Der ist größer als euer Konsens!)

Es ist schön, dass Sie zum ersten Mal in vier Jahren ein einziges Thema finden, zu dem Sie alle eine ähnliche Auffassung haben.

(Beifall bei der FDP)

Dieser Minimalkonsens der Opposition - -

(Ulrike Gote (GRÜNE): Das ist der Maximalkonsens mit der CSU! - Zurufe von der SPD)

- Das ist der Maximalkonsens in der Opposition? Frau Gote, mehr hätte ich Ihnen als gemeinsame Grundlage für den Wahlkampf, den Sie schon seit zwölf Monaten führen, schon zugetraut. Wohin hat Sie das geführt?

(Zuruf der Abgeordneten Theresa Schopper (GRÜNE))

Dass die Regierungskoalition in Bayern bei Umfragen mit 53 % bestätigt wird. Dahin hat Sie Ihr Minimalkonsens in der Opposition gebracht.

(Beifall bei der FDP und der CSU − Lachen bei der SPD, den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Was also will die Opposition? - Sie begrüßt die Absicht. Was will sie noch? - Sie teilt die Einschätzung. Sie begrüßen also das Regierungshandeln, und Sie teilen die Einsicht, dass Sie noch deutlich länger in der Opposition bleiben sollten; denn Schwarz-Gelb hat in den vergangenen Jahren erfolgreich regiert. Schwarz-Gelb hat die Bildungssituation in Bayern deutlich verbessert. Wir geben heute gegenüber 2008 von der frühkindlichen Bildung bis zur Hochschule 2,7 Milliarden Euro pro Jahr mehr aus.

(Beifall bei der FDP − Zurufe des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD) und der Abgeordneten Christine Kamm (GRÜNE))

Das sind die richtigen Entscheidungen. Wir setzen die richtigen Schwerpunkte für die Zukunft dieses Landes, für die jungen Menschen, für soziale Gerechtigkeit und für den

Bildungserfolg einer breiten Schicht in diesem Land. Das werden wir bis zum Wahltag und gemeinsam über den Wahltag hinaus machen, und es wird leider Ihre Aufgabe sein, auch die nächsten fünf Jahre noch Opposition im Bayerischen Landtag zu sein.

(Zurufe von den GRÜNEN)

Vielleicht bringen Sie ja ähnliche gemeinsame Anträge zustande, in denen Sie begrüßen oder sich freuen.

(Lang anhaltender Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Herr Kollege, bitte bleiben Sie noch am Pult. Es folgt eine Zwischenbemerkung von Frau Bause. Bitte sehr, Frau Kollegin.

**Margarete Bause** (GRÜNE): Herr Kollege Hacker, ich habe zwar jetzt kein Taschentuch für Sie, aber eine Erklärung für den Antrag, da Sie vielleicht ein bisschen Nachhilfe brauchen. Dieser Antrag ist nicht der Minimalkonsens der Oppositionsfraktionen, sondern es ist der Maximalkonsens der Oppositionsfraktionen mit der CSU.

(Georg Schmid (CSU): Noch schlimmer!)

Wir sind interessiert zu erfahren, wie sich die CSU zu den Aussagen ihres eigenen Vorsitzenden und Ministerpräsidenten in diesem Antrag verhalten wird.

(Zuruf von der CSU − Gegenruf von den GRÜNEN: Ruhig!)

Mich interessiert aber etwas anderes. Sie haben gerade zu Recht auf die Bedeutung der frühkindlichen Bildung hingewiesen und gesagt, wie wichtig eine ganz frühe Förderung für die Kinder ist, die zu Hause diese Förderung nicht bekommen.Könnten Sie mir vielleicht erklären, warum die FDP im Bundestag dem Betreuungsgeld zugestimmt hat?

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Bitte schön, Herr Kollege Hacker.

**Thomas Hacker** (FDP): Es ist gut, dass die Opposition ihre Anträge bereits mit der CSU abstimmt, um einen Maximalkonsens herauszuarbeiten. Ich finde es aber bemerkenswert, dass Sie über Absichtserklärungen oder das Teilen von Einschätzungen nicht hinauskommen; das darf man schon einmal festhalten.

(Volkmar Halbleib (SPD): Die Einschätzung der FDP steht allein!)

- Wir haben eine dezidierte Meinung zur Sozialkompetenz der sogenannten Sozialdemokratischen Partei; dazu habe ich schon Ausführungen getätigt.

(Beifall bei der FDP)

Sie setzen sich für die Akademiker ein und lassen die kleinen Leute am Rande stehen. Wir stehen in Bayern für eine andere Politik.

(Isabell Zacharias (SPD): Für welche? - Weitere Zurufe von der SPD)

- Es ist doch immer wieder schön, dass Frau Zacharias auf die Programmatik ihrer eigenen Partei und darauf hinweist, was sie in der Vergangenheit umsetzen wollte. Sie ist aber nicht in die Verlegenheit gekommen, es umzusetzen, und dann macht sie sich darüber lustig, dass andere es umgesetzt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Volkmar Halbleib (SPD))

Das trifft auf alle drei Oppositionsparteien zu. Sie wissen, dass die FDP beim Betreuungsgeld eine andere Schwerpunktsetzung gewünscht hat. Da wir in der Lage sind, Koalitionsverträge nicht nur auszuhandeln und abzuschließen, sondern sie auch einzuhalten, haben wir uns auf Bundesebene in Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger dieses Landes sehr bewusst dafür entschieden, auch dieses Instrument zu unterstützen. Auch in der Koalition in Bayern werden wir unsere Positionen gemeinsam erarbeiten. Der Koalitionsvertrag ist doch nicht starr und zementiert, sondern er wurde in vielen Punkten weiterentwickelt. Ich darf Sie an das neue Berufungsrecht für Hochschullehrer erinnern. Im Koalitionsvertrag steht, dass es nur für zwei Hochschulen gel-

ten soll; jetzt wird es an allen Hochschulen erfolgreich praktiziert. Wir sind in der Asylsozialpolitik − Frau Ackermann, das ist gerade Ihnen ein Anliegen − entscheidend weitergekommen, gerade auch in den Vorverhandlungen am vergangenen Wochenende. In all diesen Punkten haben wir einvernehmlich Bayern über den Koalitionsvertrag hinaus nach vorne gebracht.

Wir als FDP haben eine Position und eine Haltung. Es ist immer gut, wenn politische Parteien Positionen und Haltungen haben. Überzeugungen lassen sich auch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern vertreten, und darauf freuen wir uns.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Vielen Dank, Herr Kollege Hacker. Als Nächster hat sich Herr Staatsminister Heubisch zu Wort gemeldet. Herr Staatsminister, bitte schön.

**Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch** (Wissenschaftsministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sie wissen, dass ich mich immer aus gutem Grund für Studienbeiträge ausgesprochen habe. Die Beiträge haben seit ihrer Einführung unbestritten zu einer deutlichen Verbesserung der Studienbedingungen an unseren Hochschulen geführt. Wir sind uns wohl auch darin einig, dass wir die Vorteile für den Wissenschaftsstandort Bayern, die sich daraus zweifellos ergeben, keinesfalls aufs Spiel setzen dürfen. Die bayerischen Hochschulen stehen in einem internationalen Wettbewerb. Mit den verbesserten Studienbedingungen durch die Beiträge können sie sich hervorragend positionieren.

(Lachen bei den GRÜNEN − Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Das ist Fakt. Frau Gote, Sie sind nur mit Wenigem zufrieden. Das war mir schon immer klar.

(Beifall bei der FDP)

Verehrte Damen und Herren, zum Wesen einer Demokratie gehört gerade das Ringen um den richtigen Weg, auch in Form eines Kompromisses. Wir sind uns völlig darin einig, dass wir die deutlichen Verbesserungen der Studienbedingungen erhalten müssen, die auch durch die Studienbeiträge erreicht wurden. Wir Freie Demokraten halten die Studienbeiträge für richtig. Vor allem meinen wir, dass der Weg der Volksgesetzgebung aus Respekt vor dem Souverän zu Ende gegangen werden muss, wenn er schon einmal beschritten wurde. Wir Freie Demokraten werden jedes Ergebnis des Volksentscheids vorbehaltlos akzeptieren.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER))

Wir vertrauen auf die Urteilskraft der bayerischen Bürgerinnen und Bürger. Gerade Sie, Herr Piazolo, respektieren das offensichtlich gar nicht mehr.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Doch, genau das tun wir!)

Wie soll ich das verstehen? Sie rühmen sich dessen, dass Sie das Urteil erstritten haben, dass das Volk befragt werden darf, und plötzlich wollen Sie das gar nicht mehr.

(Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER): Doch!)

- Nein, Sie wollen sofort hier darüber entscheiden, dass die Studienbeiträge aufgegeben werden. Wo sind wir denn eigentlich?

(Beifall bei der FDP − Unruhe)

Anscheinend trauen Sie den Bürgerinnen und Bürgern diese Entscheidung nicht mehr zu.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP − Zurufe von der SPD und den GRÜNEN − Unruhe)

Die Volksgesetzgebung, die unsere Verfassung eröffnet, dient Ihnen als bloßes Wahlkampfinstrument. Ich sage Ihnen: Damit steigern Sie die Politikverdrossenheit. Woher

wissen Sie eigentlich, wie das Volk abstimmen wird? Das wissen Sie nicht, und Sie wollen das Ergebnis gar nicht abwarten. Erinnern wir uns daran, was alles zum Thema Stuttgart 21 geschrieben wurde: keine Chance, das wird abgeschafft. Alle waren davon überrascht, als die Bevölkerung in Baden-Württemberg ganz anders entschieden hat. Lassen Sie auch uns diesen Weg gehen! Das fordere ich von Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

An dieser Stelle möchte ich mit dem Zehn-Prozent-Argument aufräumen. Können Sie sich denn nicht vorstellen, dass sich vielleicht viele Bürger in die Unterschriftenliste eintragen, weil sie anschließend einen Volksentscheid durchführen wollen?

(Zustimmung des Abgeordneten Prof. Dr. Michael Piazolo (FREIE WÄHLER))

Dann streiten wir doch nicht über 10,1 % oder 9,9 %, sondern akzeptieren, was ein Volksbegehren beinhaltet, nämlich dass ein Bürger Ja oder Nein zur Durchführung eines Volksentscheides sagt. Dabei sollten wir es auch belassen.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Sehr geehrte Frau Bause, bei der ausführlichen Beschäftigung mit den Studienbeiträgen in Bayern scheint Ihnen völlig entgangen zu sein, dass wir selbstverständlich nachgelagerte Studienbeiträge haben. Die Studierenden brauchen erst zurückzuzahlen, wenn sie nach dem Abschluss ein Arbeitsverhältnis haben und mehr als einen bestimmten Betrag verdienen. So einfach ist das.

(Zuruf der Abgeordneten Margarate Bause (GRÜNE))

So wird es in vielen Fällen auch im Ausland gehandhabt. Bei dieser Gelegenheit möchte ich anführen, dass die Universitäten Linz und Wien wieder zu Studienbeiträgen zurückgekehrt sind, weil das im Interesse der Qualität notwendig war.

(Zuruf der Abgeordneten Isabell Zacharias (SPD))

Ich möchte mich hier nicht mit allen Argumenten auseinandersetzen; denn das haben wir schon in 15 Sitzungen getan, wie das Kollege Hacker ausgeführt hat. Eines muss ich schon sagen. Kollegin Bause hat versucht, aus zwei Studien zu zitieren. Ich schlage vor, dass wir eine Publikation heranziehen, die gerade einmal ein Jahr alt ist, nämlich den "WZBrief Bildung" des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung. Da steht drin: "Es gibt Hinweise darauf, dass Studienberechtigte die höheren Kosten mit einer größeren Wertschätzung eines Studiums für den späteren beruflichen Werdegang verrechnen."

(Beifall bei der FDP)

Das ist die Wirklichkeit in der Bundesrepublik, die Sie aber nach Ihren Vorstellungen zurechtrücken wollen. Unser Ansatz ist die freie Entscheidung. Verehrte Damen und Herren, deshalb möchte ich hier klarstellen − das wurde in den Medien bereits veröffentlicht -, dass Minister Herrmann die Eintragungsfrist für das Volksbegehren bekannt gemacht hat. Sie läuft vom 17. bis zum 31. Januar. Jetzt ist es an den Bürgerinnen und Bürgern, den nächsten Schritt zu tun, und nicht an uns. Wir von der Freien Demokratischen Partei glauben an die Mündigkeit der bayerischen Bevölkerung. Wir haben uns hier auch ganz klar im Konsens mit der CSU bewegt.

(Beifall bei der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Herr Staatsminister, vielen Dank. Wir haben noch zwei Zwischenbemerkungen, bitte. Die erste: Herr Dr. Piazolo.

**Prof. Dr. Michael Piazolo** (FREIE WÄHLER): Herr Staatsminister, weil Sie mich auch direkt angesprochen haben: Selbstverständlich − sonst hätten wir es als FREIE WÄHLER nicht gemacht − stehe ich zu einem Volksbegehren. Das haben wir beantragt. Die Zulassung ist praktisch erstritten worden; es ist zugelassen worden. Deshalb sind wir auch dafür.

Nur, ich sage ganz offen: Wenn man gegen Studienbeiträge ist, dann möchte man sie so schnell wie möglich weghaben. Deshalb, als ich gemerkt habe − damit habe ich nicht gerechnet -, dass die CSU ihre Meinung ändert, habe ich mir gedacht: Dann machen wir's doch im Parlament. Und das denkt sich halt die Opposition; denn es gibt nach der Bayerischen Verfassung zwei Möglichkeiten, Gesetze zu ändern. Die eine ist das Parlament, die andere ist das Volk. Es ist mir recht, wenn das Parlament schneller ist, dann sind die Studienbeiträge weg; wenn das Volk schneller ist, dann soll es das Volk tun. − Bemerkung eins.

(Thomas Hacker (FDP): Aber da müssen Sie andere Anträge stellen!)

Die zweite Bemerkung: Sie haben sehr deutlich gesagt,

(Unruhe − Glocke des Präsidenten)

Sie setzen jetzt auf das Volk. Das Volksbegehren an sich entscheidet nicht über die Studienbeiträge, sondern die Entscheidung folgt nachher im Volksentscheid.

Deshalb möchte ich Sie hier noch einmal fragen: Habe ich es richtig verstanden, dass die FDP und Sie nach einem Volksbegehren, wenn mehr als 10 % dem zustimmen, nicht die Studienbeiträge abschaffen, sondern dass Sie persönlich und die FDP es auf einen Volksentscheid ankommen lassen, egal, was die CSU macht? Habe ich das richtig verstanden?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch** (Wissenschaftsministerium): Ich habe meine Meinung klar geäußert. Ich möchte selbstverständlich − übrigens die gesamte Fraktion − zum Volksentscheid kommen. Das ist klar.

Aber, Herr Piazolo, jetzt wirklich noch einmal: Sie haben versucht, sich hier politisch ein bisschen herauszuwinden. Entweder Sie haben ein Urteil erstritten, was heißt, ja,

Sie können das Volk befragen. Dann stehen Sie auch dazu und versuchen nicht wieder, das Volk zu hintergehen und zu sagen: Jetzt aber nicht mehr!

(Lebhafter Beifall bei der FDP und der CSU - Lebhafter Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Danke schön. Dann kommt die nächste Zwischenbemerkung − ich bitte um Aufmerksamkeit − von Frau Kollegin Gote.

(Unruhe − Glocke des Präsidenten)

**Ulrike Gote** (GRÜNE): Herr Minister Heubisch, zunächst einmal: Dem Souverän, dem Landtag, den gewählten Abgeordneten hier die Kompetenz abzusprechen, zu entscheiden, das finde ich schon stark. Das sollte vonseiten der Regierungsbank hier nicht kommen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Wir sind immerhin vom Volk, von genau demselben Volk gewählt.

(Zurufe)

Aber, Herr Minister, das größte Armutszeugnis für Sie selbst und für Ihre Hochschulpolitik haben Sie sich gerade selber ausgestellt mit der Behauptung, die Studiengebühren ermöglichten es den bayerischen Hochschulen erst, international wettbewerbsfähig zu sein. Wenn das so wäre, dann wirklich: Gute Nacht, armes Bayern! Also das ist wirklich der größte Hohn, und dann müssten Sie sich schämen, in den Keller gehen und dürften nie wieder herauskommen!

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Nicht die Studienbeiträge haben die Situation an den Hochschulen verbessert, sondern das Geld, das damit eingenommen wurde, und da bitte ich doch einmal genau zu unterscheiden. Sie müssen dabei nämlich gleichzeitig sehen, dass die Grundfinanzie-

rung für die Hochschulen in diesem Land seit Jahren zurückgefahren wurde. Nur deshalb musste man auf die Studiengebühren zurückgreifen. Hätten Sie die Grundfinanzierung - anders als die CSU damals allein - endlich wieder hochgefahren, was bisher nicht passiert ist – es geht immer noch herunter, gemessen am Bruttosozialprodukt - -

(Beifall bei den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

Wenn Sie da etwas getan hätten, dann hätten Sie wirklich etwas für die Hochschulen getan.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Das hat Bayern nicht nötig. Das hat der Ministerpräsident richtig gesagt. Bei den Einnahmen, die wir derzeit haben, haben wir es nicht nötig, hier noch weiter die Studierenden zu belasten für etwas, was eigentlich Aufgabe des Staates ist.

Demokratie – Kollege Hacker, ich muss es noch einmal sagen – gibt es offensichtlich bei der FDP nur gegen Geld. Nur wer bezahlt an der Hochschule, darf mitreden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So habe ich das verstanden. Das kann ja wohl nicht wahr sein! Das offenbart ein Verständnis von Demokratie, das unterirdisch ist, und es offenbart - -

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Frau Kollegin, Frau Kollegin, bitte Zwischenbemerkungen nur zum Redner!

(Thomas Hacker (FDP): Keine einzige Äußerung zu dem Beitrag von mir!)

**Ulrike Gote** (GRÜNE): Das stimmt überhaupt nicht!

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Frau Kollegin!

(Unruhe)

**Ulrike Gote** (GRÜNE): Herr Kollege Heubisch hat das übrigens auch gesagt. − Das offenbart vor allem ein Verständnis von der Institution Hochschule, das sehr fragwürdig ist, und ein Bild von den Studierenden, das ich beleidigend finde.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Jeder Studierende will gerne mitgestalten − an der Hochschule und später in der Gesellschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD - Thomas Hacker (FDP): Deswegen die 10 bis 20 % der Studenten, die zu den Hochschulwahlen gegangen sind!)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Vielen Dank. Bitte schön, Herr Staatsminister, zur Beantwortung dieser Zwischenbemerkung.

**Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch** (Wissenschaftsministerium): Sehr geehrte Frau Gote, haben Sie die Wirklichkeit gar nicht mehr mitbekommen? Wir haben die Zielvereinbarungen mit allen Hochschulen in Bayern so gestaltet, dass wir für den doppelten Abiturjahrgang einen Ausbau von 53.000 zusätzlichen Studienplätzen geschafft haben.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Moment, Moment! Nicht irgendwo und irgendwann, sondern wir haben 53.000 ausgebaut. Sie hätten immer gerne herbeigeredet, dass wir das mit dem doppelten Abiturjahrgang nicht schaffen. Es ist ausgezeichnet gelaufen, und Sie wurmt es nur, dass die Studenten es auch anerkannt haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Das ist die Wahrheit, und da kommen Sie hier mit falschen Behauptungen.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Herr Staatsminister, wir haben noch eine weitere Zwischenbemerkung von Frau Kollegin Sonnenholzner.

**Kathrin Sonnenholzner** (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Herr Staatsminister, wenn meine Informationen stimmen, kostet ein Volksentscheid summa summarum 13 Millionen Euro aus dem bayerischen Staatshaushalt. So viel muss uns Demokratie wert sein, wenn es einen Volksentscheid braucht. Nachdem es ihn nicht bräuchte - -

(Zuruf von der FDP)

- Da sind Sie demokratisch besonders schlecht informiert, Herr Kollege Gumppenberg, wenn Sie meinen, dass das die FREIEN WÄHLER zahlen müssen.

Da sind wir selbstverständlich gerne bereit zu investieren, wenn das notwendig ist. Wir könnten aber diese 13 Millionen heute hier sparen, indem Sie zustimmen.

Sind Sie nicht der Meinung, dass das Geld schon mal ein guter Grundstock wäre, um die den Hochschulen entgangenen Studiengebühren zu kompensieren? Denn danach werden sie das Geld so und so brauchen.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Thomas Hacker (FDP))

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Vielen Dank, Frau Kollegin. Bitte schön, Herr Staatsminister.

**Staatsminister Dr. Wolfgang Heubisch** (Wissenschaftsministerium): Frau Sonnenholzner, ich bin jetzt schon maßlos enttäuscht, dass Sie das Recht des Volkes auf Demokratie gegen Geld verrechnen wollen. Das weise ich mit aller Deutlichkeit zurück.

(Lebhafter Beifall bei der FDP und Abgeordneten der CSU)

Wenn Sie dieses Verständnis haben − tut mir leid, das kann ich nicht nachvollziehen.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Vielen Dank, Herr Staatsminister. Der nächste Redner ist der Herr Ministerpräsident. Bitte schön, Herr Seehofer.

(Unruhe − Glocke des Präsidenten)

**Ministerpräsident Horst Seehofer**: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mich zuerst mit dem Thema auseinandersetzen, was es für eine Demokratie bedeutet, wenn man einmal eine Position bezogen hat und sie im Laufe der Jahre verändert.

(Widerspruch bei der SPD)

Das richte ich insbesondere an die SPD.

(Anhaltende Zurufe von den GRÜNEN und der SPD)

Wir haben letzten Freitag im Deutschen Bundestag die Praxisgebühr abgeschafft. Diese Praxisgebühr ist unter der Federführung einer sozialdemokratischen Gesundheitsministerin − Ulla Schmidt − in Deutschland eingeführt worden.

(Beifall bei der CSU und der FDP − Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben im Deutschen Bundestag gegenüber der SPD kein solches Spektakel veranstaltet. Das war das richtige Demokratieverständnis.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wir haben im Laufe der letzten zehn Jahre unter der Federführung von Walter Riester und Franz Müntefering grundlegende Reformen in unserem Rentenrecht bekommen. Diese Veränderung des Rentenrechts beinhaltet eine massive Absenkung des Rentenniveaus, weshalb heute nicht nur wir, sondern vor allem die Sozialdemokratie darüber nachdenkt, wie wir in der Bundesrepublik Deutschland Altersarmut, verursacht durch Gesetze der deutschen Sozialdemokratie, vermeiden können.

(Beifall bei der CSU)

Das ist nicht unter der Federführung von CDU/CSU und FDP entstanden, sondern unter der Federführung der deutschen Sozialdemokratie.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie waren in der Regierung!)

Wir haben einen sozialdemokratischen Bundeskanzler erlebt, der unter dem Schlagwort "Agenda 2010" eine Sozialreform der Arbeitslosenversicherung durchgeführt hat. Das sage ich an die Adresse der Sozialdemokraten und der GRÜNEN.

(Maria Noichl (SPD): Sie sollen etwas zu den Studiengebühren sagen!)

Es gibt kaum ein anderes Sozialgesetz, das in den letzten zehn Jahren so häufig verändert worden ist wie Hartz IV oder die Agenda 2010.

(Beifall bei der CSU)

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen von der linken Seite, ich könnte noch unendlich viele Beispiele hinzufügen. Wer der Christlich-Sozialen Union einen Vorwurf bezüglich einer gut begründeten Position von heute macht und sie mit der Position vor fünf, sechs oder sieben Jahren vergleicht, muss sich selbst fragen, wie er wichtige sozialpolitische Belange unter der Federführung sozialdemokratischer Minister in der Gesundheitspolitik, in der Rentenpolitik und bei der Arbeitslosenversicherung verabschieden konnte, die wir heute, weil sie nicht zukunftsgerichtet waren, korrigieren oder abschaffen müssen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Wenn jemand auf der Flucht vor sich selbst ist, ist das die Sozialdemokratie der Bundesrepublik Deutschland.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Sie haben alles aufgegeben, was Sie in der Regierung mit den GRÜNEN und in der Großen Koalition unter Ihren federführenden Ministern beschlossen haben.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das nur zu diesem Punkt.

Ich komme zu dem Thema, über das wir heute reden. Wir haben eine Position der FDP, und wir haben eine Position der CSU. Meine Damen und Herren, wir haben darüber am Samstag in aller Sachlichkeit gesprochen und vereinbart, dass die Gespräche im Januar weitergeführt werden. Es ist ein normaler demokratischer Prozess, sich angesichts wichtiger gesellschaftspolitischer Entscheidungen sowie zur Frage der Bildung und deren Finanzierung in mehreren Gesprächen eine Meinung zu bilden. Ich bitte, diese Meinungsbildung als faire Demokraten abzuwarten.

Wir haben die Gespräche deshalb unterbrochen, weil wir in den nächsten vier Wochen, die uns in dieser Legislaturperiode in diesem Jahr noch zur Verfügung stehen, die allerwichtigste Aufgabe für Bayern erledigen müssen, nämlich die Verabschiedung des Haushalts des Freistaats Bayern mit einem Volumen von über 95 Milliarden Euro. Meine Damen und Herren, wenn es Prioritäten in Bayern oder in der Politik generell gibt, ist es erlaubt zu sagen, dass oberste Priorität in diesem Jahr angesichts der begrenzten Zahl der Sitzungswochen der finanziellen Grundlage Bayerns in den nächsten beiden Jahren einzuräumen ist, damit die Finanzen für Krippenplätze bis hin zu den Krankenhäusern gesichert sind und die Investoren investieren können.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das ist der Grund. Ich sage für meine Christlich-Soziale Union: Wir sind dafür, dass die Studiengebühren abgeschafft werden. Ich teile ausdrücklich die Meinung des Kollegen Jörg, dass die Studiengebühren in den Jahren, in denen sie eingezogen worden sind, eine wichtige Funktion für die Bildungsqualität an den Hochschulen erfüllt haben. Ich weise jedoch auch darauf hin, dass wir Jahr für Jahr mehr in den Länderfinanzausgleich zahlen. Aktuell sind es vier Milliarden Euro. Gott sei Dank hat sich die finanzielle Situation Bayerns Jahr für Jahr verbessert. Nach Auffassung der CSU hat sich die aktuelle finanzielle Situation im Unterschied zum Jahre 2008 mit der größten Finanz- und Wirtschaftskrise, die wir je erlebt haben und die bis in die Jahre 2010 und 2011 gewirkt hat, verbessert.

Aufgrund der Politik dieser Koalition haben wir erreicht, dass wir wegen unserer Wirtschafts- und Finanzpolitik auf der einen Seite mehr Steuereinnahmen generieren und auf der anderen Seite einen immer größeren Anteil an andere Länder und insbesondere an das Land Berlin abgeben müssen. Berlin finanziert mit unseren Einnahmen die Entlastung der Studenten. Das können wir uns auch in Bayern leisten, liebe Freunde.

(Beifall bei der CSU)

Das ist der Punkt. Deshalb ist diese Position begründet. Wir werden mit unserem Koalitionspartner, der FDP, im selben Geist wie am Samstag diskutieren. Dann wird eine Entscheidung folgen. Das ist das Normalste der Welt. Ich rate uns allen, dies mit Gelassenheit und Ruhe zu tun. Mich wird niemand davon abbringen.

Herr Professor Piazolo, ich schätze Sie wirklich. Sie haben gesagt, wir hätten durch dieses Verfahren Rechtsunsicherheit ausgelöst. Das haben Sie gesagt. Sie haben von der Verunsicherung der Studenten und der Verunsicherung der Hochschulen gesprochen. Sie wissen genau − damit kennen Sie sich sehr gut aus −, wenn ein Volksbegehren mit Volksentscheid beantragt wird, muss nach den bayerischen Fristen, wenn dieser bis zum Ende durchgeführt wird, mindestens ein dreiviertel Jahr vergehen. Sie wussten also, dass durch das Beantragen eines Volksbegehrens mit Volksentscheid für den Zeitraum von einem dreiviertel Jahr Unsicherheit besteht. Wenn Sie dazu bereit waren, ein dreiviertel Jahr der Unsicherheit in Kauf zu nehmen, dann billigen Sie uns wenigstens acht Wochen zu. Das wäre fair.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Ich sage in aller Ruhe, was in unserer Bayerischen Verfassung steht, das kann niemand umgehen. Das habe ich auch am Samstag gesagt. Das ist nichts Neues, dennoch muss man darauf hinweisen: Sollte dieses Begehren ausreichend viele Unterschriften erhalten, muss die Bayerische Staatsregierung dieses Begehren dem Parlament zusammen mit einer Stellungnahme zuleiten. Anschließend, ob man will

oder nicht, muss dieses Parlament eine Entscheidung treffen: Folgen wir dem Volksbegehren, sodass der Volksentscheid überflüssig wird? Lehnen wir es ab und legen es dem Volk zur Entscheidung vor? Oder: Versehen wir das Volksbegehren mit einer Alternative, indem wir dem Volk beides vorlegen? Es ist nicht möglich − das sage ich in voller Ernsthaftigkeit −, dass die Staatsregierung oder die Mehrheit dieses Parlamentes erklärt, dass sie keine Meinung habe und das Volk entscheiden solle. Das muss jeder wissen, der Mitglied des Parlaments und Mitglied der Bayerischen Staatsregierung ist.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Das geht nicht. Zu einem Zeitpunkt X müssen wir eine Entscheidung treffen. Darüber müssen wir auch reden. Das ist der Sinn des Miteinander-Redens.

Der nächste Punkt, der mir wichtig ist, spricht wieder für das Verantwortungsbewusstsein der Koalition. Als ehrbare Kaufleute und gute Finanzpolitiker haben wir gesagt, dass wir für den Fall, dass es zu einer Abschaffung der Studiengebühren kommt − durch wen auch immer −, Vorsorge treffen müssen. Wir werden Vorsorge für das Jahr 2013 und für das Jahr 2014 betreiben. Die Personalaufwendungen, die bisher aus den Studiengebühren bestritten worden sind, könnten weiter finanziert werden, indem wir die Studiengebühren durch Mittel aus dem Staatshaushalt ersetzen.Ich sage das bewusst im Konjunktiv. Das ist eine sehr verantwortliche Umgehensweise mit dem Thema; denn es geht nicht nur um die Studierenden und ihre Interessen, sondern auch um das Lehrpersonal, um die Professoren, um die Leute, die angestellt sind. Keine Universität und keine Hochschule in Bayern muss in diesen Tagen erklären, dass sie Arbeitsverträge aufkündigen oder Personal ausstellen muss; denn diese Koalition hat für den Fall der Fälle Vorsorge getroffen. Wir werden die Personalkosten auf jeden Fall weiterfinanzieren, damit es nicht zu personellen Veränderungen kommen muss. Das ist eine ganz wichtige Angelegenheit.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe erst heute Universitätsprofessoren gesagt, der andere Teil wird mitentschieden für den Fall der Fälle, und zwar in dem Bereich, wo es um die sächlichen und investiven Mittel geht. Das wollen wir entscheiden. Man braucht einige Tage und Wochen, um das zu entwickeln. Wir sind der Auffassung, dass wir nicht nur über die akademische Bildung reden dürfen. Sie ist uns sehr wichtig. Wir wollen weiterhin Exzellenzuniversitäten.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Wir wollen weiterhin Exzellenzuniversitäten, wir wollen Elite, wir wollen sehr starke Leute. Das ist die Zukunft. Wir wollen auch die Internationalisierung unserer Universitäten und Hochschulen. Ich bin Kollegen Dr. Heubisch außerordentlich dankbar dafür, dass er diesen Teil sehr vorangetrieben hat. Ich war gestern in der Fachhochschule Neu-Ulm. Einige Kollegen waren dabei. Es lacht einem das Herz. Die sind auf jedem Kontinent dieser Welt zu Hause. Die Internationalität, die diese Fachhochschule an der Grenze zu Baden-Württemberg atmet, macht einem Politiker Freude. Diese jungen Leute haben sich mehr mit den Bildungsinhalten und weniger mit den anderen Rahmenbedingungen beschäftigt. Ich sage das nur nebenbei.

So wichtig uns die Fachhochschulen - ich gebrauche gern den alten Begriff - und die Universitäten sind − wir müssen sie vielleicht noch ernster nehmen -, dürfen wir dabei die berufliche Bildung nicht aus dem Blick verlieren.

(Beifall bei der CSU)

Deshalb ist sich diese Koalition darin einig − dreimal unterstrichen -, dass das Konzept, das künftig in Bayern gelten wird, welches auch immer es sein wird, auch eine Antwort zur Förderung der beruflichen Bildung enthalten wird. Ich habe und wir haben insbesondere die handwerkliche Ausbildung zum Meister im Blick.

(Beifall bei der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Dann stimmen Sie unserem Antrag zu!)

- Herr Rinderspacher, immer diese schnellen Zwischenrufe. Wenn ich nach denen gegangen wäre, zum Beispiel bei der zweiten Stammstrecke - - Da habe ich auch aus dem Rathaus so einen schnellen Zwischenruf gehört: Es gibt da einen privaten Investor für den Nahverkehr, für die zweite Stammstrecke, aber ich möchte das heute noch gar nicht verkünden, das soll der private Investor selbst verkünden.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie haben sie schon für tot erklärt!)

Nun fahre ich jeden Tag in die Staatskanzlei, öffne das Fenster, horche zum Rathaus, ob sich der private Investor meldet. Er meldet sich nicht.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Er meldet sich nicht. Jetzt sind wir beide, Martin Zeil und ich, gemeinsam mit dem Bundesverkehrsminister

(Volkmar Halbleib (SPD): Es ist Ihre Aufgabe, das zu finanzieren! Das haben Sie seit Jahren nicht gelöst!)

− warten Sie ab, das wird Ihnen in den nächsten Tagen alles noch amtlich mitgeteilt − auf einem sehr guten Weg, was die Finanzierung angeht. Trotzdem werde ich für die nächsten Jahre immer wieder hinausgehen auf den Balkon und auf den Ruf des privaten Investors hören. Wenn wir da einige 100 Millionen Euro bekommen könnten, wäre ich sehr froh. Am schädlichsten ist in der Politik immer dieser Zwischenruf des Augenblicks, nur damit man über die nächsten 48 Stunden kommt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Darin sind Sie Weltmeister, Herr Seehofer! - Heiterkeit bei der SPD und den GRÜNEN)

Die Bevölkerung misst uns daran, was wir zustande bringen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP - Unruhe)

- Wunderschön. Wenn ich jetzt in die Staatskanzlei zurückkomme, werde ich wieder horchen.

(Natascha Kohnen (SPD): Wir horchen auch, Herr Seehofer!)

- Ich könnte Ihnen noch viele Beispiele nennen, zum Beispiel die Olympia-Bewerbung und so weiter.

(Natascha Kohnen (SPD): Ich sage nur Büchergeld, die Donau! - Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

- Schön langsam. − Beruhigt? Wieder aufnahmefähig? - Okay.

Deshalb sage ich für diese Koalition: Wir werden die Ausstattung der Bildung in Bayern künftig verstärkt nicht nur für die Universitäten und Hochschulen, sondern auch für die berufliche Bildung vorsehen. Dafür braucht man ein nachhaltiges, tragfähiges Konzept, das auf Dauer finanzierbar und haltbar ist, nicht nur bei guten Steuereinnahmen.

(Beifall bei der CSU und Abgeordneten der FDP)

Das ist die Sachlage.

(Alexander König (CSU): So einfach ist das!)

Man kann es auch relativ einfach sehen.

Zusammenfassend kann ich Ihnen sagen, dass ich auf diese Koalition und ihre Leistung in der Bildung, insbesondere in den letzten vier Jahren, sehr stolz bin.

(Markus Rinderspacher (SPD): Deshalb wollen Sie sie aufkündigen! - Heiterkeit des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wir geben trotz unserer Rolle als Hauptzahler in den Länderfinanzausgleich − wir zahlen mittlerweile mehr als die Hälfte, das sind immerhin zehn Prozent unseres Haushaltes -, trotz der Tatsache, dass wir unsere Kommunen mit einem Finanzausgleich und

einer Förderung versehen, während insbesondere in Nachbarländern und anderen Ländern genau das Gegenteil geschieht, jeden dritten Euro des bayerischen Haushalts für Bildung aus. Wir haben weitaus mehr Studienplätze geschaffen als die anderen Bundesländer in der Bundesrepublik Deutschland.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Wir haben 3.000 Stellen für Professoren und andere geschaffen. Wir haben 8.000 Lehrerinnen und Lehrer eingestellt. Mich freut besonders, dass wir nicht nur die meisten finanziellen Aufwendungen für die Bildung tätigen, jeden dritten Euro des bayerischen Haushalts, sondern dass wir in allen Bereichen, begonnen von der Grundschule bis zu den Gymnasien und den Hochschulen, die besten Bildungsergebnisse haben, meine Damen und Herren. Das ist die Politik für Bayern.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP)

Deshalb bin ich zuversichtlich - Garantien gibt es nirgendwo in der Politik -, dass wir als Koalition diesen Weg fortsetzen, nicht nur die Gespräche. Wir sind beseelt von dem Gedanken, dass es kein besseres Rüstzeug für unsere Jugend geben kann

(Dietrich Freiherr von Gumppenberg (FDP): Keine bessere Koalition!)

als die Bildung für die Zukunft. Ich habe immer das Wort von Kardinal Marx im Ohr - ich glaube, Thomas Hacker hat heute schon die Bischöfe zitiert -, der mir fast bei jedem Gespräch sagt: Diese Welt ist komplexer geworden, sie ist offener geworden, es gibt keine Grenzen mehr.

Wir haben gestern gesehen, wie der Jugendaustausch auf allen Kontinenten mit unserem Freistaat Bayern funktioniert. Ich bin gestern etwas verspätet nachgekommen, war mit meiner Fraktion in Portugal. Eine Dame der portugiesischen Regierung holte mich am Flughafen ab und war der Meinung: Darf ich Sie jetzt fragen, Herr Ministerpräsident: Stimmt es wirklich, dass Bayern ein unabhängiger und eigenständiger Staat

ist? Ich habe die Empfangsdame der portugiesischen Regierung bis zum meinem Abflug in diesem Glauben gelassen. Einen solchen Ruf haben wir in dieser Welt.

(Heiterkeit - Beifall bei der CSU und der FDP)

Meine Damen und Herren, wir werden dieser Herausforderung gerecht. Wir werden die Bildung weiterhin in den Mittelpunkt dieser Regierung stellen. Kardinal Marx, von dem ich gerade sprach, sagt immer: Die Welt ist komplexer, heterogener geworden; ihr Politiker habt einen Auftrag, nämlich die Jugend dieses Landes in die Lage zu versetzen, dass sie sich aufgrund ihres Wissens, ihrer Persönlichkeitsbildung und ihres Könnens in dieser komplexeren Welt zurechtfindet. Und von diesem großen Ziel hat und wird sich diese Koalition leiten lassen.

(Lebhafter Beifall bei der CSU und der FDP - Harald Güller (SPD): Das Protokoll vermerkt: Kein Beifall bei der FDP!)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Herr Ministerpräsident, wir haben noch zwei Wünsche nach Zwischenbemerkungen. Zunächst erteile ich Herrn Kollegen Rinderspacher das Wort.

**Markus Rinderspacher** (SPD): Herr Präsident! Herr Ministerpräsident, ich habe vorhin bei meinem Wortbeitrag ausgeführt, dass Sie immer wieder in der Lage sind, sich wendig, schnell und rasant von früheren Positionen zu verabschieden, und keine zwei Stunden später bestätigen Sie mich. Sie haben noch einmal die Beschlüsse der Großen Koalition mit dem Verweis auf die Sozialdemokratie kritisiert. Ich darf Sie noch einmal daran erinnern: Sie waren damals Minister und Bundestagsabgeordneter. Sie haben diese Beschlüsse ebenfalls gefasst. Sie sollten sich davon nicht distanzieren.

(Beifall bei der SPD)

Ein zweiter Punkt. Ich habe beschrieben, in welchen Punkten Sie rasante Wenden vollzogen haben: G 8, G 9, Länderfinanzausgleich, Praxisgebühr, Donauausbau, Wehrpflicht, Atomkraft und und und. Im Ergebnis habe ich dies häufig begrüßt. In die-

sem Fall, bei den Studiengebühren, müssen wir uns jedoch seit Tagen vergegenwärtigen, dass dies ein regelrechtes Chaos ausgelöst hat, auch an den bayerischen Hochschulen.

(Widerspruch bei der CSU - Alexander König (CSU): Wo soll das sein?)

Die Ludwig-Maximilians-Universität hat die Direktive ausgegeben, aufgrund der unsicheren Situation keine befristeten Verträge mehr zu verlängern. Sie wissen das; denn die Medien haben heute darüber berichtet. Wir haben ganz offensichtlich eine Hängepartie, die von Ihnen, Herr Seehofer, ausgelöst wurde und die offensichtlich noch weitere vier Monate anhalten wird. Denn Sie haben bereits über die Medien deutlich gemacht, wie die CSU abstimmen wird, wenn der Gesetzentwurf des Volksbegehrens in den Bayerischen Landtag kommt. Das wird im Februar oder im März kommenden Jahres der Fall sein. Sie sagten, dass die CSU dann zu ihrer Meinung stehen und die Studiengebühren gemeinsam mit der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN abschaffen würde.

Ich frage mich, warum es dieser Hängepartie eigentlich bedarf. Warum müssen wir die Hochschulen noch weitere vier bis sechs Monate im Unklaren lassen? Wenn Sie Ihr Abstimmungsverhalten ohnehin bereits wissen, warum schaffen wir dann die Studiengebühren nicht schon heute ab? Diese Frage brennt uns auf den Nägeln.

(Beifall bei der SPD)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Bitte schön, Herr Ministerpräsident.

**Ministerpräsident Horst Seehofer**: Lieber Herr Rinderspacher, die Praxisgebühr ist unter Ulla Schmidt beschlossen worden. Ich kann mich nicht erinnern, dass sie mir im Kabinett der Großen Koalition gegenübergesessen wäre.

(Maria Noichl (SPD): Ach, da waren Sie nicht dabei?)

- Heute ist es links ein bisschen schrill.

Sie kämpfen derzeit besonders mit der Riester-Rente. Dieses Thema wird uns im nächsten Jahr schön beschäftigen. Die Riester-Rente mit der Absenkung des Demografiefaktors wurde in der rot-grünen Koalition beschlossen. Die Agenda 2010 wurde in der Zeit der rot-grünen Koalition beschlossen und wurde als Markenkern Gerhard Schröders bezeichnet. Anschließend wurde sie pausenlos geändert. Ich sage das nur, damit man die historische Wahrheit sieht.

Herr Rinderspacher, Sie haben einfach immer wieder Pech. Unmittelbar vor dieser Plenarsitzung habe ich mit dem Präsidenten einer sehr großen Universität gesprochen. Ich will ihn jetzt nicht in Schwierigkeiten bringen, aber die Universität ist sehr groß, hier in München.

(Heiterkeit)

Ich hatte nicht den Eindruck, dass mir jemand gegenübersitzt, der chaotisch ist oder der nicht wüsste, was Sache ist. Er wusste, was wir mit dem Personal vorgesehen haben. Deshalb müssen Sie immer wieder unterscheiden zwischen dem, was in der Praxis tatsächlich stattfindet, und dem, was Sie an Chaos herbeireden wollen.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

Herr Rinderspacher, das Angenehme bei Ihnen ist, dass wir genau vorhersagen können, was in jeder Woche stattfinden wird. Wir haben der Presse bereits am Samstag mitgeteilt, dass Sie in dieser Woche so agieren werden. Deshalb sehen wir dies auch mit großer Gelassenheit. Sie sind ein freundlicher und sympathischer Mensch, aber hier müssen Sie so agieren, wie Sie das tun. Es mag für Sie ein bisschen ärgerlich sein, dass Ihnen dieses Argument in der politischen Auseinandersetzung nicht mehr zur Verfügung steht.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Herr Ministerpräsident.

**Ministerpräsident Horst Seehofer**: Ich bin schon fertig.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Nicht dass Sie noch mehr loben. Darf ich die nächste Zwischenbemerkung aufrufen?

**Ministerpräsident Horst Seehofer**: Bitte.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Bitte schön, Herr Kollege Aiwanger.

**Hubert Aiwanger** (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wir bewundern Ihre Beweglichkeit. Sie kommen mir ein bisschen so vor wie ein geangelter Aal im Eimer. Der dreht sich auch so herum. Aber ich glaube, das muss bei dieser Fraktion so sein: immer mit dem Rücken an der Wand, dann funktioniert das.

Ich habe an Sie zwei Fragen. Sie haben vorher gesagt, die gute Finanzausstattung Bayerns würde es jetzt ermöglichen, dass wir die Studiengebühren abschaffen. Erste Frage: Haben Sie diese Kenntnis über den guten Finanzstand auch schon vor dem Verfassungsgerichtsurteil gehabt oder erst nachher?

Zweite Frage: Sie wissen, dass es am Ende auf jede Stimme ankommt. Werden Sie das Volksbegehren unterstützen? Werden Sie in Ingolstadt ins Rathaus gehen und sich eintragen? Werden Sie auch die CSU auffordern, dies zu tun, oder lassen Sie die anderen die Arbeit machen und fahren nur die Ernte ein?

Also: Ab wann wussten Sie, dass Bayern so gut dasteht, erst nach dem Verfassungsgerichtsurteil? Werden Sie sich selber eintragen, ja oder nein?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Der Herr Ministerpräsident wird als Staatsbürger befragt.

**Ministerpräsident Horst Seehofer**: Lieber Herr Aiwanger, meine Position wurde auch hier im Parlament schon vor dem Verfassungsgerichtsurteil dokumentiert. Ich möchte niemandem zu nahe treten. Aber dass ich mindestens gegenüber den Studiengebühren sehr skeptisch war, habe ich erst vor wenigen Monaten im Kabinett erklärt. Herr

Kollege Dr. Heubisch wird das bestätigen können. Ich möchte, dass in Bayern jeder, der das Zeug dazu hat, studieren kann, unabhängig von den sozialen Verhältnissen. Das haben wir auch so im Kabinett besprochen.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Wer hat denn den Koalitionsvertrag ausgehandelt?)

Das ist keine neue Position. Das ist auch keine Position, die vom Bayerischen Verfassungsgerichtshof abhängig wäre. Ich habe seinerzeit nicht die begeisterte Zustimmung dafür erhalten wie heute.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Seehofer, ich kann mich in Sie hineinversetzen!)

- Herr Aiwanger, ich sage das nicht vorwurfsvoll. Sie haben von mir keinen Vorwurf gegenüber Ulla Schmidt gehört, dass sie die Praxisgebühr eingeführt hat. Können Demokraten sich denn nicht gegenseitig zugestehen und respektieren, dass man im Jahr 2003 die Position A hatte und im Jahr 2012 die Position B? Das gehört doch zum gegenseitigen Respekt.

(Beifall bei der CSU - Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Das ist bekannt. Faire Zeitungen und Sender verbreiten das auch. Das sind immerhin 99,9 % der Medien in Bayern. Man darf schließlich Medien nicht mehr kritisieren.

Zum Eintragen: Ich rede weiter mit meinem Koalitionspartner FDP. Dann werden wir sehen, wie es weitergeht. Ich bitte Sie um Geduld, Ruhe und Sachlichkeit. Wir machen das schon.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Werden Sie sich voraussichtlich eintragen?)

- Ich habe doch gerade gesagt, dass wir zunächst einmal miteinander reden werden. Dann werden weitere Schritte folgen oder auch nicht.

(Beifall bei der CSU und der FDP)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Wir führen noch keine Abstimmung durch, sondern fahren mit der Aussprache fort. Frau Kollegin Bause hat sich noch gemeldet.

**Margarete Bause** (GRÜNE): Die Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten veranlassen mich doch noch zu einigen Bemerkungen. Ich habe schon mit Schmunzeln zur Kenntnis genommen, Herr Seehofer, dass Sie gesagt haben, wie schädlich es doch ist, auf die Zwischenrufe des Augenblicks zu hören. Ich glaube, Sie sind derjenige, der auf die Zwischenrufe des Augenblicks schon reagiert, bevor diese Zwischenrufe überhaupt ertönt sind.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Viel interessanter fand ich aber, dass Sie die Folterinstrumente für die FDP schon jetzt ins Schaufenster gestellt haben. Sie haben gesagt, wenn das Volksbegehren erfolgreich ist und der Gesetzentwurf des Volksbegehrens dem Landtag vorgelegt werden muss, gibt es verschiedene Möglichkeiten: nur den Gesetzentwurf des Volksbegehrens oder einen weiteren Gesetzentwurf der Regierung. Dann muss man sich entscheiden. Sie haben gesagt, was Sie nicht akzeptieren, ist, dass sich die Mehrheit des Hauses beziehungsweise die Regierung nicht entscheidet und die Entscheidung dem Volk vorlegt. − Viel Vergnügen, liebe FDP, mit diesen Folterinstrumenten. Das ist sozusagen eine letzte Galgenfrist für diese Koalition. Das ist wirklich eine Koalition auf Abruf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident − jetzt spricht er mit dem Innenminister -, Sie haben gesagt, Bayern sei gut und würde jeden dritten Euro in die Bildung investieren. Sie sollten auch einmal schauen, was andere Bundesländer machen.

(Zurufe von der CSU)

In anderen Bundesländern wird nämlich auch jeder dritte Euro in die Bildung investiert.

(Beifall bei den GRÜNEN - Thomas Hacker (FDP): Deswegen streichen die GRÜNEN 10.000 Lehrerstellen in Baden-Württemberg!)

Sie haben gesagt, es sei so wichtig, zunächst einmal die Haushaltsberatungen zu Ende zu führen; dann könnte man sich den nächsten Herausforderungen zuwenden. Ich sage dazu: Wunderbar; wenden Sie sich den Haushaltsberatungen zu. In diese Haushaltsberatungen sollten Sie die 180 Millionen Euro Kompensationsmittel sofort einbringen; denn nur dann werden Sie in dieser Frage wirklich glaubwürdig sein. Stellen sie im Rahmen der Haushaltsberatungen jetzt diese 180 Millionen Euro ein; dann können wir im Frühjahr nächsten Jahres die Studiengebühren endgültig abschaffen, wenn Sie heute nicht in der Lage sind, unserem Antrag zuzustimmen; denn dann ginge es nämlich noch schneller.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Jetzt können wir abstimmen, und zwar über den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der drei Fraktionen. Die Abstimmung erfolgt auf Antrag in namentlicher Form. Wir können mit der Abstimmung beginnen.

(Namentliche Abstimmung von 16.33 bis 16.38 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die namentliche Abstimmung ist abgeschlossen. Ich darf Sie herzlich bitten, die Plätze wieder einzunehmen. Ich bitte, die Gesprächskreise aufzulösen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie wieder Platz.

Nach § 133 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung können Mitglieder des Landtags unmittelbar nach der Abstimmung eine kurze Erklärung über ihr Abstimmungsverhalten abgeben. Von diesem Recht möchten zwei Kollegen Gebrauch machen. Die erste ist Frau Kollegin Schreyer-Stäblein. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Kerstin Schreyer-Stäblein** (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vom ersten Tag an, seit ich im Landtag bin, habe ich gegen die Studiengebühren gestimmt.

(Unruhe − Glocke des Präsidenten)

Ich habe heute anders abgestimmt, und ich möchte dies kurz begründen. Wir haben in der Fraktion eine sehr klare Positionierung. Wir haben gesagt, dass wir eine Zeit von acht Wochen brauchen, um ein Konzept zur Abschaffung der Studiengebühren zu erarbeiten und auch für die berufliche Bildung eine Lösung zu finden. Die Begründung lautet, dass wir acht Wochen Zeit brauchen. Wir brauchen auch Zeit, um mit der Fraktion der FDP zu verhandeln. Diese Zeit will ich auch einräumen. An meiner Positionierung ändert das nichts. Ich möchte mich aber nicht daran beteiligen, heute einen riesigen Zirkus zu veranstalten, wenn klar ist, dass die Koalition diese acht Wochen braucht. Diese acht Wochen kann sie von mir haben. Deshalb habe ich dieses Mal mit der Fraktion gestimmt.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Herr Kollege Weidenbusch, bitte.

**Ernst Weidenbusch** (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mein Abstimmungsverhalten begründen. Unabhängig davon, dass ich nach wie vor gegen Studiengebühren bin, habe ich heute gegen den Antrag gestimmt, weil ich entsprechend den Ausführungen des Kollegen Piazolo die Antragstellung in dieser Form für eine Zumutung gegenüber dem Parlament halte.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Lassen wir das so dahingestellt sein. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Das Ergebnis der Abstimmung geben wir Ihnen bekannt, wenn außerhalb des Raumes ausgezählt ist.

(...)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Vielen Dank, Herr Kollege. - Es wurde gebeten, das Abstimmungsergebnis zu dem Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus

Rinderspacher, Harald Güller, Franz Maget und anderer und Fraktion (SPD), der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. Dr. Michael Piazolo und Fraktion (FREIE WÄHLER), der Abgeordneten Dr. Christian Magerl, Margarete Bause, Dr. Martin Runge und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) "Studienbeiträge abschaffen - soziale Balance wiederherstellen", Drucksache 16/14722, möglichst schnell bekannt zu geben. Es ist schon ausgezählt. Mit Ja haben 72, mit Nein 96 Kolleginnen und Kollegen gestimmt. Es gab zwei Enthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt worden.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

die Entscheidung dem Volk vorlegt. − Viel Vergnügen, liebe FDP, mit diesen Folterinstrumenten. Das ist sozusagen eine letzte Galgenfrist für diese Koalition. Das ist wirklich eine Koalition auf Abruf.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Ministerpräsident − jetzt spricht er mit dem Innenminister -, Sie haben gesagt, Bayern sei gut und würde jeden dritten Euro in die Bildung investieren. Sie sollten auch einmal schauen, was andere Bundesländer machen.

(Zurufe von der CSU)

In anderen Bundesländern wird nämlich auch jeder dritte Euro in die Bildung investiert.

(Beifall bei den GRÜNEN - Thomas Hacker (FDP): Deswegen streichen die GRÜNEN 10.000 Lehrerstellen in Baden-Württemberg!)

Sie haben gesagt, es sei so wichtig, zunächst einmal die Haushaltsberatungen zu Ende zu führen; dann könnte man sich den nächsten Herausforderungen zuwenden. Ich sage dazu: Wunderbar; wenden Sie sich den Haushaltsberatungen zu. In diese Haushaltsberatungen sollten Sie die 180 Millionen Euro Kompensationsmittel sofort einbringen; denn nur dann werden Sie in dieser Frage wirklich glaubwürdig sein. Stellen sie im Rahmen der Haushaltsberatungen jetzt diese 180 Millionen Euro ein; dann können wir im Frühjahr nächsten Jahres die Studiengebühren endgültig abschaffen, wenn Sie heute nicht in der Lage sind, unserem Antrag zuzustimmen; denn dann ginge es nämlich noch schneller.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Jetzt können wir abstimmen, und zwar über den gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der drei Fraktionen. Die Abstimmung erfolgt auf Antrag in namentlicher Form. Wir können mit der Abstimmung beginnen.

(Namentliche Abstimmung von 16.33 bis 16.38 Uhr)

Die fünf Minuten sind um. Die namentliche Abstimmung ist abgeschlossen. Ich darf Sie herzlich bitten, die Plätze wieder einzunehmen. Ich bitte, die Gesprächskreise aufzulösen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, bitte nehmen Sie wieder Platz.

Nach § 133 Absatz 2 unserer Geschäftsordnung können Mitglieder des Landtags unmittelbar nach der Abstimmung eine kurze Erklärung über ihr Abstimmungsverhalten abgeben. Von diesem Recht möchten zwei Kollegen Gebrauch machen. Die erste ist Frau Kollegin Schreyer-Stäblein. Bitte schön, Frau Kollegin.

**Kerstin Schreyer-Stäblein** (CSU): Sehr geehrtes Präsidium, Herr Ministerpräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vom ersten Tag an, seit ich im Landtag bin, habe ich gegen die Studiengebühren gestimmt.

(Unruhe − Glocke des Präsidenten)

Ich habe heute anders abgestimmt, und ich möchte dies kurz begründen. Wir haben in der Fraktion eine sehr klare Positionierung. Wir haben gesagt, dass wir eine Zeit von acht Wochen brauchen, um ein Konzept zur Abschaffung der Studiengebühren zu erarbeiten und auch für die berufliche Bildung eine Lösung zu finden. Die Begründung lautet, dass wir acht Wochen Zeit brauchen. Wir brauchen auch Zeit, um mit der Fraktion der FDP zu verhandeln. Diese Zeit will ich auch einräumen. An meiner Positionierung ändert das nichts. Ich möchte mich aber nicht daran beteiligen, heute einen riesigen Zirkus zu veranstalten, wenn klar ist, dass die Koalition diese acht Wochen braucht. Diese acht Wochen kann sie von mir haben. Deshalb habe ich dieses Mal mit der Fraktion gestimmt.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Herr Kollege Weidenbusch, bitte.

**Ernst Weidenbusch** (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte mein Abstimmungsverhalten begründen. Unabhängig davon, dass ich nach wie vor gegen Studiengebühren bin, habe ich heute gegen den Antrag gestimmt, weil ich entsprechend den Ausführungen des Kollegen Piazolo die Antragstellung in dieser Form für eine Zumutung gegenüber dem Parlament halte.

**Zweiter Vizepräsident Franz Maget**: Lassen wir das so dahingestellt sein. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt erledigt. Das Ergebnis der Abstimmung geben wir Ihnen bekannt, wenn außerhalb des Raumes ausgezählt ist.

Ich rufe auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Markus Reichhart u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)**
**Weiterbildungsprämie für die Meisterausbildung**
**(Drs. 16/14723)**

und